



ZivilCourage

Magazin der DFG-VK



**UNTER
18
NIE!**
Keine Kindersoldaten
bei der
Bundeswehr

VIREN KÖNNEN MIT KRIEGSWAFFEN UND SOLDATEN NICHT BEKÄMPFT WERDEN. WIR BRAUCHEN DEN RÜSTUNGSETAT FÜR EIN FUNKTIONIERENDES GESUNDHEITSWESEN.

www.bundeswehrratschaffende.de

VIREN KÖNNEN MIT KRIEGSWAFFEN UND SOLDATEN NICHT BEKÄMPFT WERDEN. WIR BRAUCHEN DEN RÜSTUNGSETAT FÜR EIN FUNKTIONIERENDES GESUNDHEITSWESEN.

www.bundeswehrratschaffende.de

Pandemie. Notstand. Militär. – Der „geregelt“ Ausnahmezustand

„Der Feind steht rechts!“ – Leitartikel von Wolfram Wette

*Hilfe für verfolgte Friedensaktivist*innen*

Friedensarbeit intersektional denken

Adressen

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle und DFG-VK-Shop

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711 - 65296246
E-Mail verwaltung@dfg-vk.de
E-Mail shop@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Glaßer
Telefon 0176 - 23575236
E-Mail svg@dfg-vk.de

BundessprecherInnenkreis

- Benno Malte Fuchs
E-Mail fuchs@dfg-vk.de
- Katja Görge
E-Mail Goergen@dfg-vk.de
- Jürgen Grässlin
E-Mail graesslin@dfg-vk.de
- Markus Hornberger
E-Mail hornberger@dfg-vk.de
- Kathi Müller
E-Mail mueller@dfg-vk.de
- Christoph Neeb
E-Mail neeb@dfg-vk.de
- Marius Pletsch
E-Mail pletsch@dfg-vk.de
- Jan Sander
E-Mail sander@dfg-vk.de
- Torsten Schleip
E-Mail schleip@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer
E-Mail schwoerer@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände und -Gruppen: www.dfg-vk.de/kontakte

Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund
Telefon 0231 - 81 8032
E-Mail stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

Redaktion *ZivilCourage*
Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711 - 51 892620
E-Mail zc@dfg-vk.de
www.zivilcourage.dfg-vk.de

Die *ZivilCourage* abonnieren unter www.dfg-vk.de/zc

Das DFG-VK-Spendenkonto:
IBAN DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC BFSWDE33XXX

Liebe Leserin, lieber Leser, seit einigen Tagen geht mir immer wieder diese Textzeile aus Hannes Waders bekanntem Lied „Heute hier, morgen dort“ im Kopf herum: „Und was gestern noch galt, stimmt schon heut´ oder morgen nicht mehr.“ Die Corona-Pandemie überrollt die Welt und hat Folgen, die wir alle uns vor wenigen Wochen nicht hätten vorstellen können. Und vieles und viele scheinen verwirrt. Kein Wunder, wenn der Boden, auf dem wir sicher zu stehen glaubten, ins Wanken gerät. Und so gilt es, in der Unsicherheit Haltepunkte zu gewinnen, alte Fixpunkte (vielleicht wieder) zu entdecken und neue Stützen zu bauen.



Foto: privat

Als alte Organisation, gegründet zu einer Zeit, als das Staatsoberhaupt Kaiser Wilhelm II. war, haben wir Geschichte erlebt, erlitten und mitgestaltet, die reich war an Katastrophen. Was über die Zeiten gleich blieb, war unsere Überzeugung, dass Krieg nicht sein darf, dass er ein Verbrechen an der Menschheit ist. Was sollte das Corona-Virus an dieser Grundüberzeugung ändern? Nichts!

Wir wissen, dass Geld für Kriegsvorbereitung und Militär stets der falsche Weg angesichts des Elends in der Welt ist und Probleme so nicht gelöst, sondern verschärft werden. Das gilt jetzt in ganz besonderem Maße. Auch wenn wir noch nicht wissen können, wie die Corona-Krise weitergeht: Die Kosten für ihre Bewältigung werden gigantisch sein. Angefangen von der Reparatur eines nur auf Profit ausgerichteten Gesundheitssystems und seinem Um- und Aufbau dazu, dass ordentlich bezahltes Personal sich unter guten Arbeitsbedingungen erfolgreich um unsere Gesundheit kümmern kann – bis dazu, dass wir die Menschen im globalen Süden nicht länger mit Almosen abspeisen und an ungerechten Strukturen festhalten, stellt sich doch vor allem diese Frage:

Wollen wir uns wirklich ein Militär leisten, das in diesem Jahr planmäßig über 45 Milliarden Euro kostet? Das mit fast 12,5 Prozent der zweitgrößten Ausgabenposten im Bundeshaushalt ist? Das können wir nicht wollen – und wir sollten einen großen Teil unserer Kraft in den nächsten Monaten dafür einsetzen, dass radikal umgesteuert wird. Wahrscheinlich wird im Herbst 2021 ein neuer Bundestag gewählt. Wir sollten als DFG-VK und mit anderen zusammen kluge Strategien dafür entwickeln, die Frage des Missverhältnisses zwischen dem, was wir als zivile Gesellschaft nötig brauchen, und der Geldverschwendung fürs Militär zu einer wahlentscheidenden zu machen. Mit „Sicherheit neu denken“, woran wir im Bündnis mitarbeiten, gibt es ein überzeugendes und ausgearbeitetes Konzept, das weite Bevölkerungsteile überzeugen könnte.

Ein weiterer Haltepunkt könnte für uns als PazifistInnen/AntimilitaristInnen in der DFG-VK sein: Das gemeinsame und solidarische Suchen nach „Antworten auf die Fragen der Zeit“.

Da sollten wir in den nächsten Wochen eine fundierte und überzeugende Einschätzung entwickeln, wie wir die Corona-Pandemie und die Folgen für die Gesellschaft und für unseren Verband einschätzen und bewerten.

Zweitens sollten wir unsere Diskussions- und Entscheidungsstrukturen arbeitsfähig halten und dort, wo es notwendig und sinnvoll ist, um- und ausbauen. Gut wäre beispielsweise, wenn die DFG-VK möglichst viele der Mitglieder per E-Mail erreichen und informieren könnte. Deshalb die Bitte, die eigene E-Mail-Adresse der Bundesgeschäftsstelle mitzuteilen: verwaltung@dfg-vk.de

Und drittens: Auch wenn es in nächster Zeit – und vielleicht monatelang – keine Versammlungen, Demonstrationen, Aktionen geben kann, sollte unsere Stimme hörbar bleiben.

Bleibt gesund!

Stefan Philipp

Coronakrise muss zum Umdenken führen:

Zivile Sicherheit muss Priorität werden!

Die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“ (DFG-VK) fordert mehr Investitionen in den Gesundheitssektor statt in die Bundeswehr und warnt vor einer Militarisierung im Rahmen der Krise.

Die Coronakrise ist aktuell eine große Herausforderung für die Gesellschaft. Die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“ ist angesichts der Entwicklungen besorgt: „Wir können diese Krise mit Solidarität und praktischer Hilfe zwischen den Menschen und über Landesgrenzen hinweg überstehen“, erklärt Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer des Friedensverbands.

Er warnt zugleich: „Die Krise könnte mit generellen Gesetzesverschärfungen sowie einer weiteren Aufrüstung etwa im Bereich von Überwachung und der Polizei einhergehen und versucht werden die Maßnahmen über die Gesundheitskrise hinaus aufrechtzuerhalten.“

Der großflächige Einsatz der Bundeswehr sowohl um polizeiliche als auch medizinische Aufgaben zu übernehmen, scheint nur noch eine Frage der Zeit. „Das zeigt nicht, dass wir die Bundeswehr im Innern brauchen, sondern verdeutlicht vielmehr, dass es an zivilen Gesundheitseinrichtungen mangelt“, so Schulze von Glaßer.

Seit vielen Jahren sei die Bundesregierung auf einem „vollkommen falschen sicherheitspolitischen Weg“, kritisiert der DFG-VK-Geschäftsführer: „Während Krankenhäuser geschlossen und Pflegekräfte unterbesetzt und unterbezahlt sind, hat das Militär immer mehr Geld.“ Für 2020 sind im Bundeshaushalt 45,1 Milliarden Euro für die Bundeswehr eingeplant, vor fünf Jahren – 2015 – waren es noch 33 Milliarden Euro: „Und der Gesundheitssektor ist nur ein Bereich, in dem die Sicherheit der Menschen hierzulande tatsächlich bedroht ist – auch zur Bekämpfung der Klimaka-

tastrophe muss dringend mehr Geld eingesetzt werden, welches aus dem Wehretat genommen werden sollte“, schlägt Schulze von Glaßer vor.

In Zeiten der Coronakrise möchte die Organisation außerdem explizit an die Einhaltung der Menschenrechte erinnern. Katja Görge, Bundessprecherin der DFG-VK mahnt: „Nationale Sicherheitsstandards sind wichtig. Dennoch dürfen wir Schutzsuchende nicht vergessen, die in ihrer derzeitigen Situation dem Virus schutzlos ausgeliefert sind. Das betrifft zum Beispiel die Lager auf Lesbos, wo über 20000 Menschen auf einem Gelände wohnen, das für 3000 Menschen konzipiert wurde.“

Die DFG-VK selbst hat ihr für das Wochenende geplantes vierteljährliches Bundesausschuss-Treffen abgesagt: „Wir wollen mit dafür sorgen, dass sich der Virus nicht noch weiter ausbreiten kann“, so Katja Görge.

Auch alle anderen für die nächsten Wochen geplanten Aktionen des DFG-VK Bundesverbands wurden verschoben oder ganz abgesagt: „Wir beobachten unsere Themenbereiche wie etwa Rüstungsexporte und eine mögliche Ausweitung des Mali-Mandates der Bundeswehr aber natürlich weiter und arbeiten dazu im Rahmen der jetzt gegebenen Möglichkeiten“, erklärt DFG-VK-Geschäftsführer Michael Schulze von Glaßer.

Krisenbedingt und nach den Protesten der DFG-VK und anderer Friedensorganisationen sei das „Defender 2020“-Manöver bereits abgesagt worden. Dagegen brauche man gegenwärtig nicht mehr großangelegt zu protestieren, wohl aber gegen beispielsweise den für Juni geplanten

„Tag der Bundeswehr“: „Auch diese Großveranstaltung sollte wegen der Coronakrise abgesagt werden“, fordert Schulze von Glaßer.

Gemeinsam mit anderen Organisationen werden gerade Alternativen zu den traditionellen Ostermärschen im April diskutiert. Vor allem digitale Möglichkeiten wie Livestreams oder Social Media-Events sollen in Zukunft verstärkt genutzt werden. Michael Schulze von Glaßer: „Jetzt gilt es erstmal die Krise hinter uns zu bringen, danach müssen aber politische Konsequenzen gezogen werden! Die Regierung zeigt gerade, wie handlungsstark sie sein kann, wenn sie nur will.“

Pressemitteilung vom 20. März <<

Die Corona-Lehre

Quarantänehäuser sprießen,
Ärzte, Betten überall,
Forscher forschen, Gelder fließen –
Politik mit Überschall.
Also hat sie klargestellt:
Wenn sie will, dann kann die Welt.

Also will sie nicht beenden
Das Kriechen in den Kriegen,
Das Verrecken vor den Stränden
Und dass Kinder schreiend liegen
In den Zelten, zitternd, nass.
Also will sie. Alles das.

Thomas Gsella
<https://www.thomasgsella.de>

Das Inhaltsverzeichnis dieser Ausgabe findet sich auf Seite 7.

Pandemie. Notstand. Militär.

„Geregelter“ Ausnahmezustand als Gegenteil von friedlich-demokratischer Normalität

Von Stefan Philipp

Die Schulen und Kindergärten waren noch nicht geschlossen, da war es Mitte März – und nicht wirklich überraschen – soweit: Die ersten Rufe nach Einsatz der Bundeswehr zur Eindämmung der Corona-Pandemie wurden laut. Der bayerische Ministerpräsident Söder bezeichnete die „stärkere Einbindung“ der Bundeswehr „angesichts dieser Krise [als] unabdingbar“. Wenige Tage später meldete sich dann die sonst für Krieg zuständige Ministerin Kramp-Karrenbauer und verkündete, die Bundeswehr werde „alles tun, was in unserer Macht steht“, um die Ausbreitung des Corona-Virus einzudämmen. Immerhin bezogen sich diese ersten Forderungen noch darauf, dass das Militär mit seinen Ressourcen im Gesundheitsbereich lediglich aushelfen solle.

Auch wenn man weiß, dass die begrenzten Kapazitäten und das fehlende Personal in den Krankenhäusern, Stichwort: Pflegenotstand, eine direkte Folge der zunehmenden Kommerzialisierung des Gesundheitsbereichs sind, so scheint es in dieser aktuellen Notlage vertretbar, dass – bei aller grundsätzlichen Ablehnung von Militär – bestimmte Möglichkeiten der Bundeswehr gezielt genutzt werden. Dass also beispielsweise Krankenhäuser der Bundeswehr bei Bedarf zivile PatientInnen versorgen, dass „oliv-grüne“ Beatmungsgeräte an unterversorgte Kliniken geliefert werden, dass SanitätssoldatInnen zivile Personalausfälle ausgleichen, scheint in der jetzigen Ausnahmesituation richtig.

Irgendwann – auch wenn im Moment niemand weiß (Stand des Artikels: 19. März), wann das sein wird – dürfte aber die Corona-Pandemie überwunden sein, und es wird zur „Normalität“ zurückgekehrt. Was ist aber „Normalität“?

Für das Verhältnis BürgerInnen und Staat legt das Grundgesetz den Normalzustand fest. Der bedeutet: Die Legitimation des Staates Bundesrepublik Deutschland und aller Maßnahmen, mit denen er mit Gesetzen und Vorschriften etc. das Leben der Menschen bestimmt und regelt, ergibt sich ausschließlich aus der unantastbaren Menschenwürde, deren Achtung und Schutz „Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ ist (Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz). Um diese Menschenwürdegarantie zu konkretisieren, sind in der Verfassung Grundrechte festgelegt, die neben der Gesetzgebung und der Rechtsprechung die „vollziehende Gewalt als unmittelbar geltendes Recht“ binden (Art. 1 Abs. 3 GG).

Art. 2 Abs. 1 GG gibt jedem/r das „Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“ (und zieht die Grenze dafür in der Verletzung der Rechte anderer und dem Verstoß gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz). Direkt daraus folgt eine allgemeine Handlungsfreiheit, die alles erlaubt, das nicht ausdrücklich verboten ist oder die Rechte anderer verletzt. Art. 2 Abs. 2 GG garantiert jedem/r das „Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ und die unverletzliche Freiheit der Person. Eingriffe in diese Rechte dürfen nur auf Grund eines Gesetzes erfolgen.

Von besonderer Bedeutung für das „freie Leben“ ist die Versammlungsfreiheit. Diese ist geregelt in Artikel 8 des Grundgesetzes. Nach Absatz 1 haben danach alle „Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln“ – und das heißt: immer und jederzeit. Nach Absatz 2 kann dieses Recht allerdings für „Versammlungen unter freiem Himmel ... durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.“

Ein weiteres zentrales Grundrecht ist das der Freizügigkeit, die nach Art. 11 Abs. 1 GG alle „Deutschen ... im ganzen Bundesgebiet“ haben. JedeR kann sich also in Deutschland frei bewegen, reisen, und damit überall hingehen, wohin er/sie will. Der Absatz 2 sieht allerdings eine Reihe von Einschränkungen vor, die jeweils gesetzlich bestimmt werden müssen. Beschränkungen der Freizügigkeit sind „zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen“ dann vorgesehen, wenn sie „erforderlich“ sind.

Bedeutsam sind auch die Bestimmungen in Artikel 19 Grundgesetz, wonach bei Grundrechten, bei denen ein Gesetzesvorbehalt geregelt ist (wie beim Versammlungsrecht, das „durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden“ kann), das Grundrecht in „keinem Fall ... in seinem Wesensgehalt angetastet werden“ darf (Absatz 1) und die Rechtsweggarantie nach Absatz 4.

Für die Frage, wofür die Bundeswehr eingesetzt werden darf, ist der Artikel 87a Grundgesetz die Generalklausel. Im Absatz 1 wird bestimmt, dass der „Bund [und eben nicht die (Bundes-)Länder] ... Streitkräfte zur Verteidigung“ aufstellt. Absatz 2 limitiert deren Verwendung so, dass sie „außer zur Verteidigung ... nur eingesetzt werden“ dürfen, „soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.“

Die von Markus Söder eingangs erwähnte „unabdingbare stärkere Einbindung der Bundeswehr“ muss also von der Verfassung „ausdrücklich“ zugelassen sein.

Eine solche Erlaubnis könnte Art. 35 Abs. 1 GG sein, der bestimmt, dass alle „Behörden des Bundes und der Länder ... sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe“ leisten (müssen). Die

Überlassung und Bereitstellung von Sanitätsmaterial und -gerät dürfte eine solche zulässige Amtshilfe sein, ggf. auch die Bereitstellung von Personal zur Bedienung solchen Gerätes.

Nach Art. 35 Abs. 2 GG kann ein Bundesland „Kräfte und Einrichtungen ... der Streitkräfte anfordern“, allerdings lediglich zur „Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall“. Auf die Corona-Pandemie dürfte beides im Grunde nicht zutreffen. (Wobei es nicht unwahrscheinlich ist, dass „kluge JuristInnen“ im Zweifel aus der Corona-Pandemie eine Naturkatastrophe „basteln“ könnten.)

Soweit die verfassungsrechtliche Lage – und die „freiheitliche Normalität“. Erwähnt wurde, dass Grundrechtseinschränkungen immer einer gesetzlichen Grundlage bedürfen.

Für den Fall der „Bekämpfung übertragbarer Krankheiten“ ist dies das Infektionsschutzgesetz (IfSG; Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen). Dieses regelt z.B. Maßnahmen wie Quarantäne (§ 30), ermächtigt die Landesregierungen, „auch durch Rechtsverordnungen entsprechende Gebote und Verbote zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten zu erlassen“ (§ 32) und benennt, dass die „Grundrechte der Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG), der Freizügigkeit (Art. 11 Abs. 1 GG), der Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG), der Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 Abs. 1 GG) und des Brief- und Postgeheimnisses (Art. 10 GG) ... insoweit eingeschränkt werden“ können (§ 32 IfSG). Das ist die allgemeine Ermächtigung zum Erlass von Regelungen, mit denen z.B. Geschäfte geschlossen werden etc., die in den landesrechtlichen Regelungen konkret bestimmt werden.

Die Bußgeldvorschriften nach § 73 IfSG sehen Geldbußen bis zu 25 000 Euro vor, die Strafvorschriften nach § 74 f. IfSG Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren.

Die Rechtsweggarantie nach Art. 19 Abs. 4 ist nach dem Infektions-

schutzgesetz zwar – natürlich – nicht abgeschafft, tatsächlich aber erheblich dadurch erschwert, dass Widersprüche und Anfechtungsklagen gegen Maßnahmen der Behörden zur Verhütung übertragbarer Krankheiten keine aufschiebende Wirkung haben (§ 16 IfSG).

Diese Bestimmungen des Infektionsschutzgesetzes ermächtigen also die Exekutive, in massivster Weise per staatlicher Anordnung grundlegende Rechte und Freiheiten der BürgerInnen einzuschränken oder gar auszusetzen. Überhaupt können durch die Regelungen dieses Gesetzes fundamentale und konstitutive Regelungen der Staatsorganisation außer Kraft gesetzt werden:

Staatliches Handeln ist an Recht und Gesetz gebunden. Nach der Gewaltenteilung müssen Gesetze vom Parlament, also von Bundestag und Bundesrat, beschlossen und von der Exekutive, also der Regierung und damit auch allen nachgeordneten Behörden etc. in Bund und Ländern, umgesetzt werden. Dabei ist wegen der Garantie in Art. 19 Abs. 4 GG, wonach jedem/r der Rechtsweg offensteht, der/die „durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt“ wird, ein weiteres fundamentales Abwehr- und Schutzrecht als essenzieller Teil freiheitlicher Ordnung festgelegt. Jedes staatliche Handeln ist darauf überprüfbar, ob es den vom Staat selbst festgelegten Ansprüchen und Grundsätzen genügt – von einer (nach Art. 97 Abs. 1 GG) unabhängigen Justiz.

Für jedes staatliche Handeln gilt dabei – auch nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – das Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Das Handeln muss damit geeignet, erforderlich und angemessen sein. Daneben gibt es das Prinzip des Übermaßverbotes, nach dem – kurz gesagt – beim Abwägen verschiedener Handlungsalternativen die schonendste, also die am wenigsten einschneidende gewählt werden muss.

Mit den gemeinsamen „Leitlinien gegen Ausbreitung des Coronavirus“,

die die Bundesregierung und die RegierungschefInnen der Bundesländer am 16. März beschlossen haben und die die Bundesländer über ihre Kompetenzen aus dem Infektionsschutzgesetz umsetzen, wird ein weitgehender und republikweiter „Shutdown“ („Herunterfahren“) des öffentlichen Lebens festgelegt.

Die Bund-Länder-Vereinbarung wird ausdrücklich als Verfügung „zum einheitlichen Vorgehen zur weiteren Beschränkung von sozialen Kontakten im öffentlichen Bereich“ bezeichnet. Geschlossen werden müssen „Bars, Clubs, Diskotheken, Kneipen und ähnliche Einrichtungen“. „Theater, Opern, Konzerthäuser, Museen, Messen, Ausstellungen, Kinos, Freizeit- und Tierparks sowie Anbieter von Freizeitaktivitäten (drinnen und draußen“ sollen – in der Praxis wohl: müssen – den Betrieb einstellen, ebenso „Sporteinrichtungen, Fitnessstudios, Schwimm- und Spaßbäder, Spielplätze und sonstige Einzelhandel-Verkaufsstellen“. Ausdrücklich „zu verbieten sind Zusammenkünfte in Vereinen und sonstigen Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie die Wahrnehmung von Angeboten in Volkshochschulen, Musikschulen und sonstigen öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen im außerschulischen Bereich sowie Reisebusreisen“ und „in Kirchen, Moscheen, Synagogen“. Damit sind öffentliches Leben und organisierte Prozesse politischer Meinungs- und Willensbildung rechtlich massiv behindert und faktisch weitgehend unmöglich.

Zum „Lockdown“ („Sperrung“) fehlen nur noch Ausgangsbeschränkungen (die aber u.U. in Kürze drohen).

Um diese theoretischen Überlegungen konkret zu machen, stelle man sich vor: Viele Menschen, die im Großraum Stuttgart als Angestellte in kleinen Handwerksbetrieben im Messequbau oder im Bereich der Veranstaltungstechnik tätig oder als Kleinunternehmer selbständig sind, haben Ende April keine Einnahmen mehr. Über die sog. sozialen Netzwerke verabreden

sie die Veranstaltung einer Kundgebung, um auf ihre prekäre Lage hinzuweisen und ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. Sie rechnen mit 350 TeilnehmerInnen. Weil sie sich und andere vor der Ansteckung mit dem Corona-Virus schützen wollen, soll zwischen den TeilnehmerInnen ein Abstand von 1,5 Meter eingehalten werden, weshalb die Kundgebung auf dem dafür ausreichend großen Stuttgarter Marktplatz stattfinden soll. Die Anmeldung wird vom Ordnungsamt der Stadt Stuttgart abgelehnt. Begründung: Die Landesregierung hat per Rechtsverordnung beschlossen: „Veranstaltungen in geschlossenen Räumen und unter freiem Himmel mit mehr als 100 Teilnehmern sind verboten.“ Die Polizei riegelt den Marktplatz mit zwei Hundertschaften ab und lässt Wasserwerfer auffahren.

Auch ein weiterer Fall wäre denkbar, der gleichzeitig verschiedene zusätzliche Dimensionen der Krise zeigt: Viele Großbetriebe im Mittleren Neckarraum wie Daimler, Bosch, Porsche etc. und ihnen folgend zahlreiche kleinere Unternehmen aus der Zulieferindustrie stellen die Produktion ein. Zehntausende von MitarbeiterInnen erhalten ab Juni keine Löhne mehr oder nur noch deutlich reduzierte Ersatzleistungen. Sie alle sind unter 65 Jahre alt und gehören damit nicht zur Risikogruppe der Alten und „Hochalten“. Sie wissen: Mittelfristig werden sich 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung mit dem Corona-Virus infiziert haben, in 4 von 5 Fällen wird eine Erkrankung aber relativ harmlos verlaufen oder sogar ohne wahrnehmbare Symptome. Die restlichen 20 Prozent, vorwiegend alte Menschen, erkranken schwer und müssen im Krankenhaus behandelt werden, der kleinere Teil von diesen muss auf die Intensivstation, ein kleiner Anteil überlebt die Erkrankung nicht. Die Stimmung beginnt zu kippen, die Haltung verbreitet sich: „Wir wollen zurück in die Betriebe und wieder Geld verdienen, um Mieten zu be- und Hauskredite abzuzahlen zu können. Warum sollen wir Jüngeren und Gesunden diese Belastun-

gen weiter ertragen? Wir wollen unser altes Leben zurück!“ Manche sagen halblaut: „Die Alten sterben doch sowieso bald...“ Für Anfang Juli ist ein Protest-Sternmarsch auf Stuttgart geplant – trotz Ausgangssperre und Demonstrationsverbot. In den Einsatzstäben der Polizei werden Strategien diskutiert, wie mit den erwarteten Hunderttausend DemonstrantInnen umzugehen ist – solche Fragen werden gestellt: Ist das Versammlungsverbot durchsetzbar? Ist eine solche Masse zu stoppen? Haben wir genügend Polizeikräfte? Wird es Tote geben? Wie viele wären verkraftbar?

Sind das undenkbbare Gedankenspiele?

Die Darstellung des rechtlichen Rahmens und der getroffenen Maßnahmen zeigt: Der Ausnahmezustand ist faktisch da. Zentrale Freiheitsrechte der BürgerInnen sind beschränkt. Die rechtliche Konstruktion des Infektionsschutzgesetzes ist so, dass alle Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus bei den Landesregierungen liegen, also bei der Exekutive. Die Parlamente in Bund und Ländern sind weitgehend funktionslos. Eine Diskussion über die Verhältnismäßigkeit der Pandemie-Bekämpfungsmaßnahmen findet weitgehend nicht statt. Dafür wird der Föderalismus in Frage gestellt.

Nach Art. 20 Abs. 1 GG ist die BRD ein „demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Nach Art. 79 Abs. 3 GG, der sog. Ewigkeitsklausel, darf das Grundgesetz nicht so geändert werden, dass sich an der föderativen Staatsstruktur etwas ändert. Damit gibt es eine Machtverteilung zwischen dem Bund und den Bundesländern, die eine Machtkonzentration „in Berlin“ verhindert. Es steht zu befürchten, dass Rufe nach einem „zentraleren Staat“ nach dem Ende der Corona-Krise verstärkt erhoben werden.

Der „Ruf nach der Bundeswehr“ beim Umgang mit der Corona-Pandemie ist – über die Frage der Amtshilfe hinaus – sachlich nicht begründet und verfassungsrechtlich nicht legitimiert.

Er dürfte der Vorstellung geschuldet sein, durch administratives Handeln und Anordnen „von oben“ schnelle Effekte „unten“ erreichen zu können. Im Falle der Oderflut war es vielleicht ein sinnvolles Element, in kurzer Zeit viele Hände zum Sandsackfüllen und -schleppen kommandieren zu können, eine Tätigkeit also, die keiner besonderen Ausbildung bedurfte.

In der aktuellen Krise geht es vor allem darum, die Ausbreitung der Corona-Infektion zu verlangsamen, um einen Massenansturm von Schwerkranken zu vermeiden, die gleichzeitig (intensiv)medizinischer Behandlung bedürfen. Wenn dieser aber einträte, wäre auch die Bundeswehr nicht dazu in der Lage, diesen zu bewältigen. Von den 184001 aktiven SoldatInnen (Stand: 31. Januar 2020) gehören 19945 dem Bereich „Zentraler Sanitätsdienst“ an, der aber bereits mit der Gesundheitsversorgung des „eigenen Ladens“ im Inland und bei den zahlreichen Kriegseinsätzen im Ausland ausgelastet sein dürfte.

Wer jetzt über den Einsatz von Militär nachdenkt oder diesen fordert, der setzt sich dem Verdacht aus, nicht die Versorgung und Behandlung von Kranken und Schwerkranken sicherstellen zu wollen, sondern im Gegenteil für den Fall des Scheiterns die öffentliche Sicherheit und Ordnung mit der Bundeswehr durchsetzen zu wollen, also z.B. durch die Überwachung von Ausgangssperren und die Verteilung von Lebensmitteln. ... oder im schlimmsten Fall die Bekämpfung von Aufständen.

Die Aufgabe von Friedensbewegung, Zivilgesellschaft und demokratischer Öffentlichkeit ist es, auch in diesen Krisenzeiten den falschen Glauben, mit Militär ließen sich Probleme lösen, zurückzuweisen. Und die Diskussion darüber zu beginnen, wie die demokratische, friedliche und gerechte Normalität nach dem Ende der Pandemie aussehen soll.

Stefan Philipp ist Chefredakteur der ZivilCourage. <<

„Der Feind steht rechts!“

Von Wolfram Wette



Foto: Stefan Philipp

Mit Hohn, Hass und politischen Morden überzogen die Rechtsradikalen die erste deutsche Demokratie. Sie betrachteten Demokraten, Juden und Pazifisten als „innere Feinde“ und bekämpften sie im – von ihnen so genannten – „Nachkrieg“. Die Rechtsterroristen der Anfangsjahre der Weimarer Republik machten Politik mit den Methoden, die sie aus dem Krieg mitbrachten: der Waffengewalt. Die meisten Täter waren Freikorps-Angehörige, die sich von den demokratiefeindlichen Kräften im Lande getragen fühlten. Ihnen fielen auch herausragende politische Persönlichkeiten zum Opfer, die als links und kriegsgegnerisch galten: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner und der pazifistische Offizier Hans Paasche. Sie galten als „innere Feinde“, weil sie sich gegen den Krieg, den militaristischen Machtstaat, für einen Verständigungsfrieden exponierten und nach dem Krieg für eine Aussöhnung ausgesprochen hatten. Finanzminister Matthias Erzberger und Außenminister Walther Rathenau wurden ermordet, weil sie den Rechten als „Erfüllungspolitiker“ galten.

Unter dem Eindruck von Mord und Verhöhnung der jungen Republik durch die radikalen Rechten prägte Ex-Ministerpräsident Scheidemann (SPD) in seiner Reichstagsrede vom 7. Oktober 1919 erstmals den Kampfruf „Der Feind steht rechts!“

Im Juni 1922, nach der Ermordung Rathenaus auf offener Straße, griff Reichskanzler Wirth, ein linker Zentrumspolitiker, das Diktum erneut auf und machte es zur gemeinsamen Lösung der Demokraten. An die rechte Seite des Reichstages gewandt, rief er in den Saal: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. Da steht der Feind – und

darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts!“ Das Protokoll verzeichnet stürmischen Beifall in der Mitte und links. Die Szene ereignete sich vor knapp 100 Jahren und klingt in unseren Ohren doch wie ein Warnruf aus unseren Tagen.

Wenig später schrieb Hitler die mörderische Traditionslinie gegen Kriegsgegner und Antimilitaristen fort. Im Tone aggressiver Verachtung erklärte er, pazifistische Vorstellungen seien „lasterhaft“ und naturwidrige „Humanitätsduseleien“. Die Humanität sei „Ausdruck einer Mischung von Dummheit, Feigheit und eingebildetem Besserwissen“. Und damit ja keine Unklarheiten blieben: „Es muss der Deserteur wissen, dass seine Desertion gerade das mit sich bringt, was er fliehen will. An der Front kann man sterben, als Deserteur muss man sterben.“ Welche mörderischen Taten diesen Worten folgten, ist hinreichend bekannt.

In der AfD erwog man Schüsse gegen Flüchtlinge an der Landesgrenze. Die deutsche Gewaltgeschichte wird kleingeredet. Die neuen deutschen Rechtsradikalen, vorweg die im Nadelstreifen, wollen endlich wieder stolz sein auf die deutschen Soldaten. Das Berliner Mahnmal für die ermordeten Juden in Europa wird als „Schandmal“ denunziert. Aus der Giftküche des völkischen Denkens heraus wird der Hass gegen Minderheiten aller Art geschürt – gegen Ausländer, Juden, Pazifisten und viele andere. Wer nicht in ihrem Sinne agiert, wird zum Feind erklärt und gehört „gejagt“. Es sind dieselbe inhumane Weltsicht und derselbe rechte Terrorismus, die schon die Weimarer Demokratie destabilisierten. Schon damals bereiteten Worte der Ausgrenzung die mörderischen Taten vor. Die Friedliebenden waren und sind im Visier der Rechtsradikalen. Das wissen wir aus unserer eigenen Geschichte. Der Feind steht erneut rechts. Gegen ihn ist – anders

als in Weimar in den Jahren vor 1933 – eine breite Front aller Demokraten zu bilden, die alle einschließt, die sich gegen rechts wenden. Andernfalls geraten wir in Gefahr, ein braunes Wunder zu erleben.

Wolfram Wette ist promovierter Historiker, pensionierter Professor für Neueste Geschichte, Friedensforscher und DFG-VK-Mitglied. ‹‹

Inhalt

Titel

08 Die Kampagne „Unter 18 nie!“ „Corona“

03 Pressemitteilung des DFG-VK-Bundesverbandes vom 20. März

04 Pandemie. Notstand. Militär.

Leitartikel

07 „Der Feind steht rechts!“

International

12 Global betrachtet

Antimilitarismus

14 Hilfe für verfolgte FriedensaktivistInnen: der Carl-von-Ossietsky-Fonds der DFG-VK

16 Friedensarbeit intersektional denken

19 Killerroboter und Gender

20 Glosse über kostenlos bahnführende uniformierte Bundeswehr-SoldatInnen

22 Heckler & Koch – Kein Grund zum Feiern

DFG-VK-Info

21 „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Ziviler Ungehorsam

24 20 Wochen gegen

20 Atombomben

„History“

28 DFG-VK-Delegationsreisen zur Uno in Genf und New York 1978

32 Briefe • 33 Impressum •

34 Literatur • 34 Nachruf



Die Kampagne „Keine Minderjährigen“

Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen, Nutzung der sozialen Medien

Von Sarah Gräber

1706 Minderjährige wurden letztes Jahr von der Bundeswehr rekrutiert. Ja, richtig gelesen: 1706 junge Menschen, die nicht voll geschäftsfähig sind, die bei Bundestagswahlen nicht partizipieren und natürlich auch keine Ballerspiele kaufen dürfen. Wer das nicht wusste, ist damit nicht allein. Ich habe in den letzten Monaten mit vielen politisch sehr interessierten Leuten über dieses Thema gesprochen und die meisten hatten noch nie davon gehört. Die erste Frage, die mir in solchen Gesprächen gestellt wird, lautet: „Ist das überhaupt legal?“

Werbung und Ausbildung von Minderjährigen als Soldaten widersprechen den Prinzipien der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen. Damit sollte die Sache eigentlich klar sein – ist sie aber nicht.

Denn Deutschland gehört zu den wenigen Vertragsstaaten, die von einer Ausnahmeregelung Gebrauch machen. Das sogenannte 2. Fakultativprotokoll duldet die Rekrutierung Minderjähriger, solange sie freiwillig erfolgt, die Jugendlichen mindestens 15 Jahre alt sind und sichergestellt ist, dass sie nicht in Kriegen eingesetzt werden. Die Kinderkommission des Bundestags und der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes sind deshalb besorgt und haben Deutschland wiederholt empfohlen, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre zu erhöhen – bisher ohne Erfolg.

Damit sich daran endlich etwas ändert, ist im März 2019 die Kampagne „Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“ gestartet, an der sich auch die DFG-VK beteiligt.

Was sind die Ziele und Forderungen der Kampagne?

Die Kampagne verfolgt zwei große Ziele. Das erste ist selbstverständlich die Anhebung des Rekrutierungsalters für den Militärdienst auf 18 Jahre. Gründe dafür gibt es viele.

Zum Beispiel wurden bei militärischen Übungen seit 2017 mehrere junge Rekrut*innen schwer verletzt, einer starb sogar in Folge von Überlastung bei einem Marsch. Ihr genaues Alter wird von der Bundeswehr nicht veröffentlicht, und Studien zur Situation der Minderjährigen werden nicht durchgeführt. In der britischen Armee sieht das anders aus.

Untersuchungen dort haben ergeben, dass unter minderjährigen Rekrut*innen die Fälle von psychischen Traumata, Mobbing, Selbstverletzung, Alkoholismus und Selbstmord deutlich höher sind als bei erwachsenen Soldaten und als bei gleichaltrigen Zivilisten. Auf unsere Anfrage, wann es vergleichbare Erhebungen in Deutschland geben wird, antwortete die Bundesregierung, dass man hierfür keinen Anlass sehe. Ich denke, ein Blick nach Großbritannien sollte Grund genug für eigene Studien sein.

Auch wenn man einen Blick auf die Anzahl an Missbrauchsfällen wirft, muss man sich fragen, ob die Bundeswehr ein sicherer Arbeitgeber ist, ganz abgesehen von den Risiken, die man bewusst eingeht. Und ob sie ein Ort ist, an den man seine Kinder ruhigen Gewissens schicken kann.

Jede vierte Soldatin wurde nämlich laut einer Bundeswehrstudie bereits Opfer „unerwünschter, sexuell bestimmter körperlicher Berührungen“, drei Prozent wurden nach eigenen Angaben sexuell missbraucht.

„Kampagne in die Bundeswehr“ ist gestartet

in allen Medien auf allen Kanälen ... zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention

Auch Minderjährige waren davon betroffen! Die Dunkelziffer dürfte hoch sein.

Ein weiterer Grund, weshalb die Kampagne die Beendigung der Rekrutierung von Minderjährigen fordert, hängt mit deren geringerer Belastbarkeit zusammen, die oft zu vorzeitigen Beendigungen des Dienstverhältnisses führt. Als Gründe werden der raue Umgang, eine Über- oder Unterforderung sowie die mangelnde Förderung der vorhandenen Fähigkeiten genannt. Doch auch viele ihrer Vorgesetzten sind mit der Situation unzufrieden. Sie bemängeln, dass für viele Dinge wie zum Beispiel Impfungen erst die Erlaubnis der Eltern eingeholt werden muss.

Ein Punkt, der in dieser Diskussion besonders schwer wiegt, ist der Jugendschutz. Die Minderjährigen werden mit den Erwachsenen gemeinsam untergebracht, erhalten die gleiche gefährliche militärische Ausbildung und bekommen keinen gesonderten Ansprechpartner zur Seite. Zudem werden die vom Jugendarbeitsschutzgesetz vorgegebenen maximal 40 Wochenarbeitsstunden bei der Bundeswehr nicht eingehalten.

Außerdem lässt sich darüber diskutieren, ob die von den Vereinten Nationen geforderte Freiwilligkeit tatsächlich gegeben ist. Nehmen wir an, Soldat A tritt an seinem 17. Geburtstag in die Bundeswehr ein. Wenn er nach sieben Monaten merkt, dass das doch nicht das Richtige für ihn ist, ist seine Probezeit bereits abgelaufen. Er befindet sich jetzt in einem unter Umständen langjährigen Arbeitsverhältnis, das er nicht mehr einfach so kündigen kann. Und das, obwohl er immer noch minderjährig ist! Kann man dann noch von Freiwilligkeit sprechen?

Nicht zu vergessen ist auch, wie wenig glaubwürdig es wirkt, wenn Deutschland sich dafür einsetzt, dass Länder wie Somalia oder Afghanistan keine unter 18-Jährigen mehr in ihre Armeen aufnehmen, solange die Bundeswehr das selbst tut. Würde auch Deutschland sich an den 18-Jahre-Standard halten, würde dies seinen Bemühungen auf internationaler Ebene im Kampf gegen die Praxis des Einsatzes von Kindersoldaten mehr Gewicht und Glaubwürdigkeit verleihen.

Zweitens fordert die Kampagne ein Verbot jeglicher Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen, die seit der Aussetzung der Wehrpflicht stark zugenommen hat. Denn auch die militärische Werbung bei Minderjährigen widerspricht den Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention.

Ein Grund dafür, dass die Anzahl Minderjähriger in der Bundeswehr so stark zugenommen hat, liegt in der irreführenden und teilweise aggressiven Werbung der Bundeswehr in Schulen, bei Abenteuer- und Sportevents, bei Ausstellungen und Messen, Vorträgen in Jobcentern, Arbeitsagenturen und Berufsinformationszentren sowie über soziale Medien.

Hauptzielgruppe sind Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren und in letzter Zeit verstärkt Mädchen, was

sich zum Beispiel an der Youtube-Serie „Die Rekrutinnen“ zeigt. Wie groß die Reichweite ist, kann man erahnen, wenn man weiß, dass der Bundeswehr knapp 35 Millionen Euro im Jahr für Nachwuchswerbung zur Verfügung stehen.



Wer steckt dahinter?

Die Kampagne wird von einem breiten Bündnis getragen. Die DFG-VK ist sowohl mit dem Bundes- als auch mit dem Landesverband Baden-Württemberg vertreten. Für den Bundesverband sitzt der politische Geschäftsführer Michael Schulze von Glaßer im Trägerkreis, aus Baden-Württemberg sind Klaus Pfisterer und Roland Blach dabei. Andere Mitgliedsorganisationen aus der Friedensbewegung

sind das Netzwerk Friedenskooperative, Pax Christi, das Frauennetzwerk für Frieden und Ohne Rüstung Leben. Auch die IPPNW, Terre des Hommes, die GEW (mit dem Bundesverband und vielen Landesverbänden) sowie das Zentrum Oekumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und die EAK (Evang. Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden) zählen zu den Unterstützern.

Außerdem freuen wir uns, dass die „Aktion Hoffnung“ unsere Kampagne mit 10000 Euro stärkt.

Wie wollen wir unsere Ziele erreichen?

Um eine Gesetzesänderung erwirken zu können, müssen wir unten anfangen. Zunächst versuchen wir deshalb, das Thema in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Dafür arbeiten wir mit der Website www.unter18nie.de, die regelmäßig aktualisiert wird und so eine Anlaufstelle für Interessierte und gleichzeitig unser Aushängeschild ist. Hier gibt es Hintergrundinformationen, wichtige Termine, Materialien und die Möglichkeit, sich für unseren Newsletter anzumelden, der einmal im Monat per E-Mail erscheint. Um auf unsere Homepage aufmerksam zu machen und um Leute zu erreichen, die mit dem Thema bisher gar nichts zu tun hatten, sind wir auch auf den gängigen Social-Media-Plattformen vertreten. Wir „bespielen“ Instagram, Twitter und Facebook.

Außerdem betreiben wir Pressearbeit, die in den letzten Wochen erfreuliche Resonanz einbringt. Unsere Pressemitteilung zu den neuesten Zahlen zu Minderjährigen in der Bundeswehr wurde unter anderem vom Spiegel, RTL und der Heute-Show aufgegriffen. Zum Red-Hand-Day am 12. Februar konnten Vertreter der Kampagne dem WDR Interviews fürs Radio, Fernsehen und für die Online-Redaktion geben. Man merkt deutlich: Das Thema kommt langsam bei den Medien an, was uns ermöglicht, den Druck auf die Politik zu erhöhen.

Parallel dazu versuchen wir mit Lobbyarbeit zu erreichen, dass das Thema in möglichst viele Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2021 und letztendlich in den Koalitionsvertrag der neuen Regierung aufgenommen wird. Es gab bereits Gespräche mit den Bundestagsabgeordneten Norbert Müller (Die Linke) und Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen). Beide haben uns ihre Unterstützung zugesichert. Außerdem haben Vertreter unserer Kampagne an einem parlamentarischen Frühstück im Berliner Reichstag teilgenommen, das vom Bündnis Kindersoldaten organisiert wurde. Mit dabei waren die Abgeordneten Fritz Felgentreu (SPD) und Kathrin Vogler (Die Linke) sowie zahlreiche Mitarbeiter von Abgeordneten der Grünen und der FDP. Außerdem war ein Mitarbeiter des Wehrbeauftragten anwesend. Die hier geknüpften Kontakte wollen wir in den nächsten Monaten für unsere Arbeit nutzen. Im nächsten Schritt werden wir auch gezielt auf die Abgeordneten der Unionsfraktion zugehen.

Darüber hinaus sammeln wir weitere Unterschriften für einen Brief an Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer, in dem wir sie auffordern, die Rekrutierung unter 18-Jähriger endlich zu stoppen. Die Unterschriftenaktion, die bereits 2017 startete und aus der sich die Kampagne entwickelte, wurde bereits von über 33000 Personen unterzeichnet. Das zeigt uns, dass viele Menschen hinter unseren Forderungen stehen – wenn sie erst einmal von der Problematik erfahren. Um den Druck auf die Bundesregierung und die Bundeswehr weiter zu erhöhen, hat sich „Unter 18 nie!“ daher nun etwas Neues überlegt: Der Juni 2020 wird zum „Aktionsmonat“ ernannt. Doch was bedeutet das?

Aktionsmonat Juni

Zum einen werden wir den ganzen Monat hindurch in möglichst vielen deutschen Städten Infostände in den Innenstädten und bei Veranstaltungen organisieren, um über die Rekru-

tierung Minderjähriger und ihre Folgen aufzuklären. Stuttgart, Karlsruhe, Bonn, Köln sind schon dabei, und wir freuen uns auf viele mehr! Die dafür nötigen Materialien verschicken wir gerne in einem praktischen „Infopaket“, das Unterschriftenlisten, Flyer, Aufkleber, Postkarten, Fact Sheets und ein Banner enthält. Daneben wird es Straßentheater zum Thema geben. Außerdem wollen wir im Juni den Fokus unserer Lobbyarbeit etwas verschieben: Weg von Berlin, hin zu den regionalen politischen Vertretern. Um möglichst viele von ihnen zu erreichen, müssen wir Graswurzel-Lobbying betreiben: Das heißt, wir brauchen euch, um die Politiker*innen in euren Wahlkreisen anzuschreiben und im besten Fall in Gesprächen von unserem Anliegen zu überzeugen.

Highlight unseres Aktionsmonats soll eine einzigartige Fotoaktion am 12. Juni vor dem Reichstag in Berlin sein, die dem Zuschauer die unfassbar hohe Zahl von Minderjährigen in der Bundeswehr sehr anschaulich verdeutlichen wird. Wir versprechen uns von dem Aktionsmonat, eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen und zu gewinnen sowie den Druck auf die Politik zu erhöhen. Eines ist aber sicher: Diesen nächsten Schritt können wir nur mit Euch gehen!

Alle Interessierten, die bereits jetzt wissen, dass sie sich an Aktionen im Juni beteiligen möchten, können sich gerne schon bei uns melden, damit wir die Aktivitäten besser koordinieren können: info@unter18nie.de.

Wo sind Infos zu finden? Ihr wollt die Unterschriftenliste unterzeichnen? Material bestellen? Oder mit Eurer Gruppe oder Eurem Landesverband Mitglied im Trägerkreis werden? Dann schaut doch mal auf der Kampagnenwebseite

www.unter18nie.de

vorbei.

Außerdem ist die Kampagne aktiv bei Facebook, Twitter und Instagram.

Sarah Gräber ist DFG-VK-Mitglied und hauptamtlich für die Kampagne „Unter 18 nie!“ tätig. <<

Die Entwicklung der Kampagne „Unter 18 nie!“

Mehr als 1700 Minderjährige hat die Bundeswehr 2019 an der Waffe ausgebildet. Damit waren 8,5 Prozent der neuen Rekrut*innen im letzten Jahr erst 17 Jahre alt. Der Armee diese jungen Leute streitig zu machen, ist ein aus unserer politischen Haltung gleichsam richtiges wie auch realistisches Ziel. Der Druck auf die Verantwortlichen im Verteidigungsministerium, allen voran die Ministerin, und der Bundeswehr, die Rekrutierungspraxis zu ändern, wächst stetig.

Vor etwa zehn Jahren wurde das Thema erstmals größer von Friedens- und auch Kinderrechtsgruppen aufgegriffen – die Zahl der minderjährigen Soldat*innen stieg damals rasant von 689 im Jahr 2011 bis zum Höhepunkt 2017 mit 2128.

Nach mehrjährigen Recherchen stellte das Deutsche Bündnis Kindersoldaten, in dem etwa Unicef Deutschland, Terre des Hommes, die Kindernothilfe und World Vision aktiv sind, 2011 seinen „Schattenbericht Kindersoldaten“ mit den Schwerpunktthemen der minderjährigen Bundeswehr-Soldat*innen und Armee-Werbung in Schulen vor. Der Bericht wurde im Rahmen des Staatenberichtsverfahrens zur UN-Kinderrechtskonvention und ihrer Fakultativprotokolle erstellt und an den zuständigen UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes übergeben. Die Bundesrepublik muss regelmäßig über den Stand der Kinderrechte in Deutschland berichten, Nichtregierungsorganisationen haben aber ebenfalls die Möglichkeit, kritische „Gegenberichte“ einzubringen.

2014 folgte der UN-Ausschuss der Argumentation der Kinderrechtler*innen und kritisierte in seiner Stellungnahme „diverse Werbekampagnen der Bundeswehr, die speziell auf Kinder ausgerichtet sind, sowie [...] die Präsenz von Bundeswehrsoldaten an Schulen.“ Das Gremium forderte daher, „jegliche Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen zu ver-

bieten.“ Darüber hinaus zeigten sich die UN-Kinderrechtsexpert*innen besorgt darüber, „dass die freiwillige Rekrutierung von Minderjährigen in die Bundeswehr für militärisches Training für Kinder ab 17 Jahren möglich ist.“ Der UN-Ausschuss forderte die Anhebung des Rekrutenalters auf 18 Jahre. Die Bundesregierung machte: nichts.

Doch der Druck stieg weiter, als sich 2016 auf Initiative der Linksfraktion die Kinderkommission des Bundestags mit dem Thema Kinder und Militär beschäftigte. In einer im Konsens von allen (!) Mitgliedern der Kommission, der je ein Mitglied aller im Bundestag vertretenen Fraktionen angehört, verabschiedeten Stellungnahme fordern die Politiker*innen u.a.: „Die Anhebung des Mindestalters für den Dienstbeginn von Soldat*innen auf 18 Jahre. [...] Die vollständige Umsetzung der Empfehlungen des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes an die Bundesrepublik Deutschland. [...] Ein Verbot von Werbung für die Bundeswehr, die an Minderjährige gerichtet ist.“

Passend dazu begann 2016 auch eine Unterschriftensammlung, die mittlerweile bei über 30500 Unterzeichner*innen steht und der damaligen Verteidigungsministerin von der Leyen im Wahlkampf 2017 – als Zwischenstand – übergeben wurden. Auch ein Lobby-Treffen im Verteidigungsministerium fand statt. Die regierenden Politiker*innen und die Verantwortlichen im Ministerium und der Bundeswehr kennen also unsere Forderungen – und stellen sich stur. Daher wurde bei dem Thema in den vergangenen Jahren ein Kurswechsel vollzogen: Der öffentliche Druck sollte steigen. Dafür gab es auch organisatorische Veränderungen.

Ursprünglich hatte sich das Deutsche Bündnis Kindersoldaten nur mit Kindersoldat*innen in anderen Ländern beschäftigt. 2016 ist die DFG-VK dem Bündnis als erste originäre Frie-

densorganisation beigetreten, und mittlerweile sind Themen wie deutsche Waffenexporte, die auch in Kinderhände geraten oder Kinder zu Opfern machen, und die Rekrutierung Minderjähriger hinzugekommen. Das Bündnis hat zwar eine eindeutige Haltung zum Thema „Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“, aber einige größere Mitgliedsorganisationen sind in ihrer Kritik an der deutschen Regierung und der Bundeswehr eher zurückhaltend.

Auf der anderen Seite ist die Breite, die das Bündnis thematisch abdeckt, für einige Organisationen wie z.B. die GEW oder einige kirchliche Friedensorganisationen nicht ansprechend, da sie wiederum sehr auf die Situation innerhalb Deutschlands fokussieren. Daher wurde die „Unter 18 nie!“-Kampagne gegründet, in der sich alle Organisationen finden, die speziell zu diesem Thema aktiv sind – einige aus dem „Bündnis Kindersoldaten“ und einige, die dort nicht Mitglied sind. Dadurch hat die Kampagne eine durchaus überraschende Schlagkraft bekommen.

Zwar wurden die Aktivitäten gegen die Rekrutierung Minderjähriger durch die Bundeswehr seit jeher von öffentlichen Protestaktionen begleitet, nun geht man aber noch mehr in die Breite – und ist doch weiterhin auch im Bereich „Lobbying“ aktiv: 2019 wurden die Studie „Why 18 Matters – Eine Analyse der Rekrutierung von Kindern“ und ein neuer „Schattenbericht Kindersoldaten“ veröffentlicht, und es gab ein parlamentarisches Frühstück und Treffen mit einzelnen Bundestagsabgeordneten. Darüber hinaus erstellte die Kampagne Materialien wie Flugblätter, Fact-Sheets, Aufkleber und Transparente, um Friedensgruppen für Aktionen und Infostände, etwa am „Tag der Bundeswehr“, auszustatten.

Michael Schulze von Glaßer ist politischer Geschäftsführer der DFG-VK.

Global betrachtet

Waffen und der Export des Krieges

Von David Scheuing

Über den Jahreswechsel wird es meist etwas ruhiger im internationalen Netzwerk antimilitaristischer Praxis und Widerstand. So auch dieses Jahr. Zeit, mal den groben Überblick zu werfen, was passiert ist:

Auch im Winter gab es wieder zahlreiche tolle Blockadeaktionen gegen Schiffstransporte von Waffen. So klärte beispielsweise die belgische Organisation Vredesactie darüber auf, dass das Schiff „Bahri Yanbu“ Mitte Februar in Antwerpen erwartet wurde. Das Schiff ist dafür bekannt, Waffenlieferungen der saudischen Regierung in den Jemenkonflikt zu exportieren. Die Organisation „kontrollierte“ mithilfe von „Bürger-Waffenexportkontrollleuren“ für einen Tag die Zufahrt des Hafens auf Waffenlieferungen und machte so im Staat auf die möglichen Lieferungen aufmerksam. Darüber hinaus hatten Vredesactie, CNAPD, Ligue des Droits Humains und Amnesty International versucht, gerichtlich gegen die Ankunft des Frachters vorzugehen, scheiterten aber zuletzt.

Um all diese Aktionen zu verbinden, ruft das europäische Netzwerk ENAAT (European Network Against Arms Trade) zu einem Aktionstag am 25. Mai gegen die weiteren Waffenlieferungen und Aufrüstung des Jemen auf: <http://enaat.org/war-in-yemen-made-in-europe>



ENAAT weist zum fünften Jahrestag der Kriegscoalition im Jemen unter saudischer Führung darauf hin, dass es auch gerade die europäischen Firmen sind, die vom Waffennexport nach Saudi-Arabien von diesem Gewaltkonflikt profitieren. Hier stellt sich die Frage, wie sich die Rhetorik strenger Waffenkontrolle und die Leichtfertigkeit, mit der Waffen geliefert werden, überhaupt noch zusammenbringen lassen. Der ENAAT-Partner „urgewald“ hat die schlagkräftigsten Argumente gegen eine weitere Aufweichung des Exportstopps nach Saudi-Arabien gesammelt: <https://urgewald.org/Jemen>

Dass tatsächliche Waffenexportkontrolle in Europa nicht nur auf unerfahrene Kontrollstellen, wenig durchsetzungsstarke Gesetzgebung und massive Synchronisationsprobleme unter den europäischen Mitgliedsstaaten trifft, sondern auch auf die Schwierigkeiten einer tatsächlichen Beweisführung, legt der Bericht von Sipri über das „Aufspüren, Ermitteln und Verfolgen von Exportkontrollverletzungen“ nahe. (2019; <https://www.sipri.org/publications/2019/other-publications/detecting-investigating-and-prosecuting-export-control-violations-european-perspectives-key>)

Problematisch sind beispielsweise auch die weiter unkontrolliert nach Libyen gelangenden Waffen trotz eines geltenden internationalen Waffembargos. Hier hat im Februar Italien immerhin ein Schiff aufgebracht, das an den Lieferungen vermutlich aus der Türkei nach Libyen beteiligt gewesen sein soll (<https://wri-irg.org/en/story/2020/italy-ship-captain-arrested-following-allegations-illegal-arms-shipments-libya>). Allerdings fließen weiterhin abertausende von Waffen in diesen innerstaatlichen Krieg.

Eine genauere Aufstellung und Situationsbeschreibung hier: <https://www.theguardian.com/world/2020/mar/11/suspected-military-supplies-libya-un-cargo>

Ein ziemlich beeindruckender Fall von politischer Korruption und illegalen Waffenlieferungen stellt der Fall des serbischen Whistleblowers Aleksandar Obradovic dar (siehe unter anderem: <https://balkaninsight.com/2019/10/14/storm-over-serbia-whistleblower-arrest-in-state-arms-scam/>). Dieser hatte letzten Herbst durch seine Leaks darauf aufmerksam gemacht, dass eine Waffenfirma in Krušic aktiv die Preise der Waffen fälschte, so dass die Regierung diese unter Marktniveau erwerben und der Firma einen unlauteren Wettbewerbsvorteil verschaffen konnte. Dass diese Waffenkäufe nicht nur durch enge Verbindungen der Firmeneigentümer zum Innenminister zustande kamen, sondern wohl unter anderem auch in den Krieg im Jemen geliefert wurden, machte die Sache nicht besser. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/serbien-whistleblower-setzt-regierung-unter-druck-a-1301136.html>

Obradovic hat seine „Leaks“ an die bis dahin unbekannte Seite „Arms-Watch.com“ geliefert, die von einer einzigen Journalistin betrieben wird. Diese hat mit großer Akribie die Daten aus dem Leak auch auf potenzielle Kriegsverbrechen überprüft und einige interessante Verknüpfungen gefunden: <http://armswatch.com/islamic-state-weapons-in-yemen-traced-back-to-us-government-serbia-files-part-1/>. Der Vollständigkeit halber sei jedoch gesagt, dass die Journalistin in Bezug auf andere Fälle auch schon in heftige Auseinandersetzungen mit Bellingcat geraten ist und die Authentizität ihrer Erkenntnisse in Frage gestellt wird.

Kurz notiert:

WRI: Die Ausgabe 04/2019 dieser Kolumne handelte von den Eindrücken unserer Delegierten zur Internationalen Versammlung der WRI in Kolumbien. Seither hat sich die Lage in Kolumbien mehrfach verschärft durch die politische Naivität im Umgang mit der Einbettung von Rebell:innen in das parlamentarische Geschehen, aber auch durch ein Wiedererstarren von paramilitärischen Kräften und Strukturen in der Armee. Ich empfehle eine Lektüre der Ausgabe des „Zerbrochenen Gewehrs“ zur Konferenz, die die Situation in Lateinamerika aus einigen Perspektiven gesammelt zusammenträgt: zur Transnationalisierung von Unterdrückungsstrategien, über die allgemeine Militarisierung Lateinamerikas bis hin zu einem Artikel über die 40 Jahre Widerstand der beeindruckenden Friedensgemeinde El Garzal (<https://wri-irg.org/en/story/2019/el-garzal-colombian-peasant-communitys-40-years-resistance>). Die ganze Ausgabe hier: <https://wri-irg.org/en/publication/broken-rifle/111/broken-rifle>.

Kolumbien: Derzeit gibt es eine aktuelle Warnung für den Fall des kolumbianischen Soldaten Brayan Gonzales Blanco. Er wurde im Herbst 2019 gegen seinen Willen in die kolumbianische Armee rekrutiert und versucht derzeit, sich als Kriegsdienstverweigerer durch den Prozess der kolumbianischen Behörden zu kämpfen. Das Collective Action of Conscientious Objectors (Acooc) berichtet von massiver Einschüchterung des Soldaten durch Vorgesetzte und andere Soldaten. Mehr zum Fall: <https://wri-irg.org/en/programmes/rtrtk/co-action-alert/2020/colombia-brayan-gonzales-blanco-recruited-irregularly-army>

Waffenmessen: Der weltweite Trend, immer noch mehr Waffenmessen zu eröffnen, geht in diesem Jahr weiter. Eine zu erwartend große Waffenmesse wird 2021 in Vietnam eröffnen, das ver-

öffentlichten die vietnamesische Messfirma Hadifa und die britische Clarion Events. <https://www.defense-vietnam.com/>

Den wird es in Japan sicherlich geben, wenn die DSEI Japan schon im Mai wieder eröffnen wird. Diesmal ist BAE einer der Finanzgeber der Show – Zeit für britische und japanische Aktivist*innen, sich auszutauschen.

Klimawandel und Krieg: Die Kampagne zur Beendigung des Waffenhandels aus Großbritannien hat einen neuen Report veröffentlicht, in dem sie die Verquickung zwischen militärischer (Auf)Rüstung, dem Betrieb von Armeen und dem Klimawandel als „Kampf auf den falschen Schlachtfeldern“ bezeichnet. Sie macht deutlich, dass vor allem ein missratener Sicherheitsbegriff, der dies nur militärisch denken will, dazu führt, dass die Gefahren des Klimawandels nicht ernst genommen werden, und sonst höchstens als militärisch zu führender Kampf gegen Verteilungsengpässe und „Schutz“ der eigenen sicheren Bereiche geführt wird. <https://blog.caat.org.uk/2020/02/21/new-caat-report-on-military-expenditure-and-climate-change/>

KDV in Europa: Der Jahresbericht 2019 des europäischen Netzwerks für KDV ist veröffentlicht. Im Bericht hebt das Netzwerk heraus, dass die neuen Aufrüstungsprozesse der EU dazu führen, dass die Rechte der Verweigerer:innen von weniger Interesse zu sein scheinen. Der Bericht hebt im besonderen die Fälle der in dieser Kolumne behandelten Verletzungen hervor: Türkei, Aserbaidschan, Ukraine, Russland, Griechenland, Schweiz und Zypern. Der Bericht findet sich hier: <https://ebco-beoc.org/node/464>

Folter und die Universität: Die britische Universität von Huddersfield hat über Jahre einen Masterstudiengang für Polizeikräfte von Bahrain ausgerichtet. Dieser Kurs wurde in einer Polizeikaserne unterrichtet, die im ganzen Land als „Folterzentrale“ (torture hub)

David Scheuing ist Vertreter der DFG-VK bei der War Resisters' International



(WRI), dem internationalen Dachverband der DFG-VK mit Sektionen in weltweit 45 Ländern, gewählt. An dieser Stelle berichtet er regelmäßig in der *ZivilCourage* aus der WRI, um den LeserInnen das globale Engagement von KriegsgegnerInnen sichtbar zu machen. Das sind keine tieferen Analysen, sondern kleine kursorische Überblicke und Nachrichten; es geht dabei nicht um Vollständigkeit, vielmehr um Illustration. Ideen und Vorschläge für kommende Ausgaben sind erwünscht. Der Autor ist per E-Mail erreichbar unter scheuing@dfg-vk.de

bekannt ist. Studierende, Angehörige und die Quäker rufen jetzt dazu auf, den Studiengang einzustellen. <https://wri-irg.org/en/story/2020/uk-university-huddersfield-criticised-involvement-bahrain-torture-hub>

Globaler Friedensmarsch: Der „Jai-Jagat 2020“ ist gestartet. Ein Friedenslauf von Neu-Delhi bis nach Genf will der globale Friedensmarsch ein langer Weg durch viele Teile der Welt sein, der auf dem Weg verschiedene Trainings in gewaltfreier Konflikttransformation und Gewaltfreiheit anbietet, Workshops und Angebote zu globaler Ungerechtigkeit und der Überwindung der gegenwärtigen Multikrise abhält und sich Ende September in Genf mit verschiedenen anderen europäischen und afrikanischen eigenständigen Friedensmärschen vereint. Dort wird es eine Friedenswoche geben, die sowohl ein Zusammenkommen der verschiedensten Aktivist:innen sein kann, als auch nach einer ernsthaften Alternative zur gegenwärtigen Situation spüren will. Hier die Infos zum Marsch: <https://www.jaijagat2020.org/global-peace-march>



Hilfe für verfolgte Friedensaktivist*innen

Der Carl-von-Ossietzky-Fonds der DFG-VK unterstützt Adbuster*innen

Von Gloria Anonyma

Als „Adbusting“ wird eine politische Aktionsform bezeichnet, bei der Werbeplakate im öffentlichen Raum mittels Papier und Kleister mit minimalinvasivem Vandalismus bis zur Kenntlichkeit entstellt werden. Seit die Bundeswehr vermehrt mit Plakatwerbung die Öffentlichkeit sucht, häufen sich auch die Fälle, in denen Bundeswehr-Gegner*innen die Werbung ungefragt verbessern. Der Carl-von-Ossietzky-Fonds der DFG-VK unterstützt Aktivist*innen, die deswegen von Hausdurchsuchungen und Strafverfahren betroffen waren.

Bundeswehr und Meinungsfreiheit? Jede*, die schon mal anlässlich einer Werbeveranstaltung des deutschen Militärs versucht hat, in der Öffentlichkeit Kritik zu äußern, hat erlebt, dass die Bundeswehr ihren Slogan „Wir kämpfen auch dafür, dass du gegen uns sein kannst“ nicht allzu ernst nimmt. Doch in Berlin treibt das staatliche Engagement gegen unerwünschte Meinungsäußerungen kuriose Blüten.

Angesichts eines Gerichtsprozesses im Oktober 2019 kam Sonderbares ans Licht. Das Berliner Landeskriminalamt (LKA), das in der Hauptstadt berühmt-berüchtigt ist, weil es dort kaum jemand sonderbar findet, wenn Kolleg*innen* sich zu Weihnachten Nazi-Grüße schickten, den islamistischen Attentäter Anis Amri zugunsten

linksradikaler Aktivist*innen von der Observationsliste strichen, Daten von Linken an Nazis weitergaben und „privat“ an die Hausbesetzer*innen in der Rigaer Straße Drohbriefe mit „dienstlichen“ Informationen schickten, betrieb ein umfangreiches Ermittlungsverfahren wegen Adbusting.

Um gegen die Veränderung von Werbeplakaten vorzugehen, hatten die Beamt*innen zwei Jahre ermittelt, 1200 Aktenseiten vollgeschrieben, viele Videos ausgewertet, zwei Hausdurchsuchungen und eine erkennungsdienstliche Behandlung durchgeführt. Damit glaubten sie, belegen zu können, dass es sich bei Adbusting um „schweren Diebstahl“ und „Sachbeschädigung“ handele. Unter anderem weil ihre Aussagen vor Gericht nicht ausreichten, um zu belegen, dass beim Adbusting überhaupt ein messbarer Sachschaden entstünde, stellte die Richter*in das Verfahren angesichts der versammelten Hauptstadt- und des bis auf den letzten Platz besetzten Gerichtssaal ein. Der Tenor der Presse: „Vollkommen überzogen“.

Das fanden auch Niklas Schrader und Anne Helm, Linke-Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses. Ihre Anfrage an den Berliner Innensenat enthüllte im November 2019, dass beim LKA seit Herbst 2015, als die ersten „Mach was zählt“-Poster hingen, zwischen einem und drei Beamt*innen damit beschäftigt sind, die Menschen zu verfolgen, die Werbeposter der Bundeswehr mit kritischen Verbesserungen ausstatten. Begründung: Diese Aktionen stünden im Zusammenhang mit den angeblich linksextremistischen Themenfeldern „Antimilitarismus“ und „Antirepression“. Diese Verfolgung richtet sich also gezielt gegen Antimilitarist*innen und Pazifist*innen.

In einem dieser Fälle konnte der Carl-von-Ossietzky-Fonds der DFG-VK die Betroffenen mit der Übernahme der Hälfte der Anwaltskosten finanziell unterstützen. Zwei Personen waren Anfang Mai 2019 von der Polizei dabei gestellt worden, wie sie ein in einer Werbevitrine hängendes Bundeswehrposter verbesserten. Statt „Geht Dienst an der Waffe auch ohne Waffe?“ änderten sie den Slogan optisch sehr detailgetreu in „Kein Dienst an der Waffe geht ohne Waffe!“. Das Logo des Militärs änderten sie zudem, so dass es nun „Bundeswehr kaputt machen“ lautete. Da die Beamt*innen vor Ort und auch ihr telefonisch verständiger Vorgesetzter unsicher waren, ob es sich überhaupt um eine Straftat handele, beließen sie es bei der Sicherstellung des Posters und der Aufnahme der Personalien.

Dann passierte erst mal lange nichts. Doch nachdem zum „Tag der Bundeswehr“ 2019 viele verbesserte Militärplakate die Straßen Berlins säumten, stand der Staatsschutz im LKA offensichtlich unter Druck. Vermutlich weil die Namen der beiden Betroffenen ihr einziger Anhaltspunkt war, entschieden sich die Beamt*innen, hier anzusetzen, und beantragten wegen eines Posters drei Hausdurchsuchungen. Begründung: Adbusting mache die Militärs „lächerlich“.

Vollzogen wurde die Hausdurchsuchung im September 2019. Gefunden wurden dabei noch zwei Bundeswehr-Poster und ein Steckschlüssel aus dem Baumarktsortiment, der auch geeignet ist, die Werbevitrienen zu öffnen. Doch bereits Anfang Dezember 2019 stellte das Amtsgericht das Verfahren trotz des Eifers des LKAs ein. Vermutlich hat man im Gericht nach dem öffentlichkeitswirksam geführten Prozess im Oktober und aufgrund der parlamentarischen Anfrage aus dem

**Carl-von-Ossietzky-Fonds
der DFG-VK**
cvo@dfg-vk.de • www.cvo.dfg-vk.de
Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE47 3702 0500 0008 1046 04
BIC: BFSWDE33XXX

November dort keine Lust mehr auf kritische Nachfragen.

Doch nicht nur angesichts des latenten Rechtsdralls im LKA, und dort besonders der Dienststelle 521 in der Abteilung „polizeilicher Staatsschutz“, ist mit weiteren willkürlichen Repressionsmaßnahmen zu rechnen. Denn die Berliner LKAler*innen dürfen sich bundesweit im Kreise der Ihren gut aufgehoben fühlen. Im Februar 2020 enthüllte eine Kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke, dass der euphemistisch als „Bundesamt für Verfassungsschutz“ bezeichnete Inlandsgeheimdienst systematisch Informationen zu Bundeswehr-Adbustings sammelt. Auch der Militärgeheimdienst MAD scheint es zum Schutze der Kasernen als notwendig zu erachten, systematisch Informationen zu veränderter Bundeswehrwerbung zu sammeln. Dazu veröffentlichte der Bundesverband der DFG-VK auch eine Pressemitteilung: <https://www.dfg-vk.de/unsere-themen/theorie-und-praxis/milit%C3%A4rgeheimdienst-gegen-bundeswehr-satire>

Ist Adbusting Terror? Doch damit nicht genug: Im „Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum von Bund und Länder“ (GETZ) war 2018/19 Adbusting gleich viermal Thema. Im von der heutigen Berliner Polizeipräsident*in Barbara Slowik aufgebauten GETZ sitzen Vertreter*innen von 40 Geheimdiensten, LKAs, Zoll und Ausländer*innenbehörden.

Offensichtlich eine gute Gesellschaft für die Adbusting-Komissar*innen aus Berlin. Denn dort hat wohl niemand gesagt: „Sorry, Leute, sollten wir nicht lieber Terrorist*innen jagen?“, als Adbusting zum ersten Mal auf der Tagesordnung stand. Im Gegenteil: Anscheinend haben das alle gleich viermal interessiert mitgemacht.

Angesichts einer derartigen Kultur in den Verunsicherungsbehörden ist es auch wenig verwunderlich, dass der Inlandsgeheimdienst in seinem aktuellen „Bundesverfassungsschutzbericht“ der Aktionsform Adbusting gleich eine halbe Seite einschließlich



Adbusting ...?

... Adbusting ist ein zusammengesetzter Begriff aus dem Englischen.

„Ad“ ist die Kurzform für *advertisement*, was übersetzt für *Werbung, Reklame, Anzeige, Inserat* steht.

„Busting“ ist die Verlaufsform des englischen „Tunworts“ oder Verbs *to bust* (bekannt in anderer Form und Zusammensetzung vom Begriff

des *Blockbusters*). Übersetzt bedeutet *to bust sprengen, kaputtgehen, zerschlagen*.

Adbusting könnte man also übersetzen mit *Reklamesprengung*.

Wikipedia erklärt Adbusting mit *Verfremdung, Überklebung etc. von (Außen-)Werbung, um so deren Sinn umzudrehen oder lächerlich zu machen*.

eines wunderschönen Aktionsfotos widmet. Die Begründung für die Gefährlichkeit dieser Aktionsform ist dieselbe wie beim Berliner LKA: Es handelt sich um eine Aktionsform, die Verunsicherungsbehörden wie Polizei und Militär in der Öffentlichkeit kritisieren und delegitimieren würde. Und obwohl das Innenministerium in der Antwort auf die erwähnte Anfrage zugeben muss, dass keine Adbusting-Aktion bekannt sei, bei der Menschen oder gar Beamte verletzt worden seien, sei das Kritisieren und Delegitimieren untrennbar mit physischer Gewalt gegen Cops verbunden.

Angesichts dieser Positionierungen muss leider damit gerechnet werden, dass die deutschen Verunsiche-

rungsbehörden sich auch weiterhin nicht um die über 500 mit Haftbefehl gesuchten, aber frei herumlaufenden Nazis kümmern werden, sondern lieber Kritiker*innen des Militärs kriminalisieren. Gut, dass es den Carl-von-Ossietsky-Fonds der DFG-VK gibt.

*Die Autor*in lebt in Berlin und ist in der DFG-VK und der Antimilitaristischen Aktion Berlin (amab) organisiert. Da sie dank der sogenannten „Datenschmutz-Anfragen“ weiß, dass ein Landesamt für Verfassungsschutz sich die Mühe macht, linke Publikationen durchzusehen und alle Artikel von ihr zu erfassen, hat sie sich entschieden, nur noch unter Pseudonym zu veröffentlichen.* <<

Friedensarbeit intersektional denken

Bericht über ein Symposium mit Folgen für die Arbeit der Friedensbewegung

Von Ralf Buchterkirchen

Es begann mit einer spontanen Idee – in der Mittagspause eines Treffens der Arbeitsgruppe Gender des Bundes für Soziale Verteidigung (BSV) im Herbst 2018. Und wurde eine große Veranstaltung der Friedensbewegung: Am 1. Februar fand in Hannover die Tagung „Feministische Friedensarbeit: Reflexion. Organisation. Thema – Gender und Intersektionalität als Chancen der antimilitaristischen und pazifistischen Arbeit“ statt. Dieses Symposium kann und wird unzweifelhaft der Ausgangspunkt für weitere Veranstaltungen zum weiten Themenfeld „Frieden und Intersektionalität“ sein.

Der Ausgangspunkt. In Anlehnung an Bertha von Suttner hatten wir uns als Projektgruppe *bertha – Werkstatt für intersektionale Friedensarbeit* gegründet, um dem Symposium auch eine Struktur zur Seite zu stellen, die nach der Veranstaltung weiterarbeiten würde.

Wir planten anfangs mit 40 Teilnehmenden. Zählt man diejenigen mit, denen aus Platzgründen abgesagt werden musste bzw. die selber kurzfristig absagten und somit für Nachrücker*innen Platz machten, interessierten sich beinahe 150 Menschen für die Veranstaltung, und das bei überschaubarem Werbeaufwand. Knapp 100 von ihnen waren dann am 1. Februar in Hannover dabei und diskutierten einen Tag lang über die Chancen und Möglichkeiten, Friedensarbeit intersektional aufzustellen.

Die Anwesenden waren: zahlreiche, meist weiße, Aktivist*innen aus der Friedensbewegung; Persons of Color (PoC), in der Regel aus anderen aktivistischen Zusammenhängen; Vertreter*innen der Friedens- und Konfliktforschung und einfach Inter-

essierte – das Spektrum der Teilnehmer*innen war breit gefächert, was der Veranstaltung sehr gut tat, da unterschiedliche Perspektiven und Expertisen zusammenkamen.

Dass das Symposium stattfinden konnte, ist nicht unerheblich der DFG-VK auf Bundesebene, dem Landesverband Niedersachsen-Bremen sowie der Gruppe Hannover zu verdanken. Stiftung Leben und Umwelt – Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen, Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen, Kurve Wustrow und BSV förderten die Veranstaltung finanziell und/oder ideell.

Was ist eigentlich Intersektionalität? Einfach gesagt zielt Intersektionalität darauf ab, unterschiedliche gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse – und zwar Geschlecht, „race“ und Klasse – in ihrer Verschränkung zu betrachten. Auf diese Weise können Diskriminierungen und Gewalt, von denen Menschen betroffen sind, besser verstanden werden. Gleichzeitig kommt der gesellschaftliche Hintergrund in den Blick, also die Herrschaftsverhältnisse, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung strukturieren.

Historisch hat die Intersektionalitätsdebatte ihren Ursprung in der Erfahrung Schwarzer Frauen und Lesben, die sich im Feminismus westlicher Mittelstandsfrauen nicht wiederfanden. Der Begriff Intersektionalität wurde Ende der 1980er Jahre von der Schwarzen Juristin Kimberlé Crenshaw geprägt, die mit dem Bild einer Straßenkreuzung (intersection), auf der sich Machtwege überkreuzen und überlagern, die Verwobenheit sozialer Ungleichheiten zu illustrieren versuchte.

Im Aktivismus von Persons of Color entwickelt und in den vergangenen

Jahren auch im akademischen Kontext diskutiert, wird es Zeit, dass auch politische Bewegungen – konkret die Friedensbewegung – das Konzept der Intersektionalität nutzen, um gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse und Machtstrukturen angemessen in den eigenen Analysen und Ableitungen berücksichtigen zu können.

Damit können beispielsweise Rekrutierung, Kriegsursachen, Kriegsführung, gesellschaftlich diskutierte Kriegsgründe etc. hinterfragt und auf ihre verwobenen Diskriminierungs- und Ausgrenzungsmuster abgeklöpft werden (z.B. Universalismen von Kriegserfahrungen zu hinterfragen und die spezifische Gewalterfahrung von Soldat*innen of Color im Zweiten Weltkrieg in den Blick zu bekommen).

Was hat das Ganze mit der Friedensbewegung zu tun? Kriege und Konflikte treffen Menschen in unterschiedlicher Art und Weise und haben verschiedene Wirkungen. Erst die kritische Analyse und Reflexion – auch verbunden mit mitunter schmerzhafter Selbstreflexion – ermöglichen fundierte Erkenntnisse und passgenaue Lösungen.

An einem einfachen Beispiel lassen sich die Ebenen von intersektionalem Denken in der Friedensarbeit umreißen: Antirekrutierungsarbeit sollte auf alle potenziellen Rekrut*innen abzielen, ist bisher aber überwiegend auf junge Männer ausgerichtet. Inwieweit sich beispielsweise migrantische Auseinandersetzung zum Thema gibt, hat uns bislang nicht interessiert.

Auch folgende Fragestellungen bleiben dabei außer Acht: Warum gehen People of Color (PoC) zur Bundeswehr? Ist es erwartete Anerkennung? Oder sind es geringere Chancen auf dem Berufsmarkt aufgrund rassisti-

scher Diskriminierung? Wie verträgt sich das mit rassistischen und neo-nazistischen Skandalen beim Bund? Hier spielen also Klasse und „race“ eine Rolle. Wie erreichen ‚wir‘ diese Personen?

Analog kann die Frage gestellt werden: Was treibt Frauen zur Bundeswehr? Gibt es hier spezifische Gründe? Wie müssen Konzepte der Antirekrutierung aussehen, die diese Gruppen einbeziehen? Und: Mit welcher Position und welchen innewohnenden Privilegien vermitteln „wir“ – als Aktive in der Friedensbewegung – Antirekrutierungsarbeit?

Zurück zum Kongress: Der Vortragsteil war so angelegt, dass ausgehend von Reflexionen zu Geschlecht (Gesa Bent) sowie zu Rassismus und Kolonialismus (Mai Ali Shatta) das Konzept der Intersektionalität mit seiner Bedeutung für die praktische Arbeit (Joanna Mechnich) vorgestellt wurde. Moderiert wurde die Veranstaltung von dem Sexualwissenschaftler Heinz-Jürgen Voß.

Im Eröffnungsvortrag „Frieden und Gender. Möglichkeiten und Herausforderungen von Ansätzen in ihrer praktischen Umsetzung“ legte Gesa Bent den Schwerpunkt auf die Kategorie Geschlecht. Nach einer kurzen Vorstellung der relevanten Definitionen von Gender, Intersektionalität und Gender-Mainstreaming schlug Bent Möglichkeiten vor, wie Gender-Mainstreaming in Friedensorganisationen implementiert werden könnte. Wichtig sei, dass ein planvoller, offener und fehlerfreundlicher Prozess auf den Weg komme.

Anhand zweier Beispiele machte die Referentin das Vorgehen deutlich, wie ein solcher Prozess vorangebracht werden kann. Als Beispiele wählte sie das weltweite Bündnis Global Partnership for the Prevention of Armed Conflicts (Gppac) und die regionale Organisation Kurve Wustrow – Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V. Gesa Bent erläuterte im Vergleich der beiden Organisationen, wie Reflexions- und Im-



Großes Interesse am Symposium Anfang Februar in Hannover

plementierungsprozesse der Themen Gender und Diversity aussehen könnten und welche Bedeutung die Ressourcen Zeit, Personal und Finanzen sowie die Heterogenität der Strukturen bei der Umsetzung haben.

Die für die erkrankte Katharina Oguntoye kurzfristig eingesprungene Trainerin und Aktivistin Mai Ali Shatta erläuterte in ihrem Referat mit direkten Bezügen zu eigenen Erfahrungen rassistische Strukturen und die Folgen des Kolonialismus, der bis heute die deutsche Gesellschaft und den Umgang mit Schwarzen Menschen prägt. Jeder Konflikt, den sie als PoC wahrnehme, sei kolonial bedingt.

Schwarz/weiß kennzeichnete Shatta als die zentrale Kategorie zur Unterscheidung von Menschen. Anhand dieser Kategorie werde der Umgang der Menschen miteinander bis hin zu Kleidung und Aussehen definiert. Als PoC werde sie ständig in eine Position der Defensive und Rechtfertigung gedrängt. Damit verbunden sei für Schwarze Menschen ein fortwährender Kampf, individuell als Mensch wahrgenommen zu werden und nicht zu einem homogenen Kollektiv verallgemeinert zu werden. Durch kulturelle Ignoranz entstehe erst Angst (bei

den weißen Personen), die letztendlich selbstzerstörerisch wirke. Die Bereitschaft zur Selbstreflexion müsse allerdings von allen Menschen selbst ausgehen.

Hier schlug Mai Ali Shatta auch immer wieder den Bogen zur Praxis von friedens-(politisch) aktiven Organisationen, die ohne ernstzunehmende Beschäftigung mit ihren eigenen kolonialen und rassistischen Strukturen und Herausforderungen (die in ihrem lokalen Kontext vorhanden seien), dennoch für sich beschließen, dass sie „dann einfach in den Konflikt im Sudan eingreifen“ könnten. Aus einer derart unreflektierten Position heraus sei es kein Wunder, dass es in Deutschland einerseits kein wirkliches Verständnis von Rassismus als immer noch existenter Struktur gebe und andererseits Friedens- und Entwicklungsarbeit immer noch ein kolonialrassistisches Problem habe.

Der abschließende der Eingangsvorträge wurde von Joanna Mechnich zum Thema „Intersektionalität“ – was soll das denn? Von „race“, class, gender – eine Unterdrückungsgeschichte und ihre emanzipatorischen Gegenentwürfe gehalten. Wichtig für intersektionale Arbeit ist es, so »



Foto: K. Müller

» Mechnich, eine kritische Sprache zu entwickeln. Feminismus und Antirassismus nicht intersektional zu denken, befördere nur bestehende Missstände. Nach gängiger feministischer Theorie genüge allein die Kategorie „Frau“, um für die Rechte aller Frauen zu kämpfen. Das sei falsch. Vielmehr gelte es, die vielfältigen Erfahrungen von Frauen – u. a. in Bezug auf Rassismus – in den Blick zu bekommen. Ein verbreiteter Fehler sei es, Rassismus meist aus einer männlichen Perspektive zu betrachten.

Anhand konkreter Beispiele machte Mechnich den – schlechten – Stand intersektionalen Denkens in Deutschland deutlich. So fehle weitgehend die (kritische) Beschäftigung mit Weißsein und der damit verbundenen Privilegien. In der Folge werde Rassismus nicht als solcher erkannt.

Abschließend benannte Mechnich notwendige Bedingungen für eine mögliche intersektionale Friedensarbeit. Dazu stellte sie insbesondere fest, dass Wissens(re)produktion hauptsächlich im globalen Norden stattfindet und hauptsächlich durch weiße Männer erfolgt. Eine institutionalisierte Selbstreflexion und postko-

sektional neu aufstellen kann. Auch wenn die Debatte erst am Anfang steht, wurden einige Ansätze deutlich. Wichtig sei es etwa, intersektionalen Themen Raum in der Praxis zu geben, sowohl nach innen als auch nach außen. Marginalisierte Gruppen in der Friedensbewegung müssten sichtbar werden, und Intersektionalität müsse selbstverständlicher Bezugspunkt aller Materialien und Veranstaltungskonzepte werden – das könne bis hin zur Einforderung einer intersektionalen Betrachtungsweise als Voraussetzung für den Erhalt von Geldern reichen.

Im die Tagung beschließenden Podium brachten die Leiter*innen der Workshops die Erkenntnisse auf den Punkt:

- Judith Conrads betonte, dass wir keine Angst vor Unsicherheit oder Unbehagen haben sollten, wenn wir unsere Hierarchien und Privilegien selbst reflektieren.
- Joanna Mechnich betonte, dass der Weg Zeit brauche und wir uns über konkrete Folgeprojekte aus der Phase der Analyse jetzt auch in die Phase des Handelns begeben sollten.
- Elise Kopper machte deutlich,

tionale Ansätze fehlen bisher. Aufgabe der Friedensbewegung sei es entsprechend, die eigenen Strukturen zu reflektieren und daran anschließend die eigenen Organisationen intersektional aufzustellen.

Den Hauptteil der Tagung machten dreistündige Workshops aus, die sich aus verschiedenen Perspektiven individuell dem Thema näherten. In den Workshops und im Abschlussplenum wurde diskutiert, wie sich Friedensarbeit inter-

sektional neu aufstellen kann. Auch wenn die Debatte erst am Anfang steht, wurden einige Ansätze deutlich. Wichtig sei es etwa, intersektionalen Themen Raum in der Praxis zu geben, sowohl nach innen als auch nach außen. Marginalisierte Gruppen in der Friedensbewegung müssten sichtbar werden, und Intersektionalität müsse selbstverständlicher Bezugspunkt aller Materialien und Veranstaltungskonzepte werden – das könne bis hin zur Einforderung einer intersektionalen Betrachtungsweise als Voraussetzung für den Erhalt von Geldern reichen.

sektional neu aufstellen kann. Auch wenn die Debatte erst am Anfang steht, wurden einige Ansätze deutlich. Wichtig sei es etwa, intersektionalen Themen Raum in der Praxis zu geben, sowohl nach innen als auch nach außen. Marginalisierte Gruppen in der Friedensbewegung müssten sichtbar werden, und Intersektionalität müsse selbstverständlicher Bezugspunkt aller Materialien und Veranstaltungskonzepte werden – das könne bis hin zur Einforderung einer intersektionalen Betrachtungsweise als Voraussetzung für den Erhalt von Geldern reichen.

sektional neu aufstellen kann. Auch wenn die Debatte erst am Anfang steht, wurden einige Ansätze deutlich. Wichtig sei es etwa, intersektionalen Themen Raum in der Praxis zu geben, sowohl nach innen als auch nach außen. Marginalisierte Gruppen in der Friedensbewegung müssten sichtbar werden, und Intersektionalität müsse selbstverständlicher Bezugspunkt aller Materialien und Veranstaltungskonzepte werden – das könne bis hin zur Einforderung einer intersektionalen Betrachtungsweise als Voraussetzung für den Erhalt von Geldern reichen.

sektional neu aufstellen kann. Auch wenn die Debatte erst am Anfang steht, wurden einige Ansätze deutlich. Wichtig sei es etwa, intersektionalen Themen Raum in der Praxis zu geben, sowohl nach innen als auch nach außen. Marginalisierte Gruppen in der Friedensbewegung müssten sichtbar werden, und Intersektionalität müsse selbstverständlicher Bezugspunkt aller Materialien und Veranstaltungskonzepte werden – das könne bis hin zur Einforderung einer intersektionalen Betrachtungsweise als Voraussetzung für den Erhalt von Geldern reichen.

sektional neu aufstellen kann. Auch wenn die Debatte erst am Anfang steht, wurden einige Ansätze deutlich. Wichtig sei es etwa, intersektionalen Themen Raum in der Praxis zu geben, sowohl nach innen als auch nach außen. Marginalisierte Gruppen in der Friedensbewegung müssten sichtbar werden, und Intersektionalität müsse selbstverständlicher Bezugspunkt aller Materialien und Veranstaltungskonzepte werden – das könne bis hin zur Einforderung einer intersektionalen Betrachtungsweise als Voraussetzung für den Erhalt von Geldern reichen.

Ralf Buchterkirchen hat das Symposium mitinitiiert. Bis zum letzten Bundeskongress war er jahrelang Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis. Er bloggt unter <https://verqueert.de> zu queeren und antimilitaristischen Themen. <<

Killerroboter und Gender

Warum Männer autonome Waffen bauen und wir alle darunter leiden werden

Von Marius Pletsch

Seit einem Jahr ist die DFG-VK Mitglied in der internationalen „Campaign to Stop Killer Robots“ und ihrem deutschen Ableger, der Kampagne „Killer Roboter Stoppen“. Wir haben bereits an globalen Kampagnentreffen teilgenommen, waren bei den Vereinten Nationen in Genf an den Gesprächen über „Lethal Autonomous Weapons Systems“ (LAWS) beteiligt und haben zu dem Thema Aktionen gemacht – etwa bei der Videospielemesse „Gamescom“ in Köln.

Nun haben wir auch erstmals eine Konferenz zu dem Thema organisiert: Am Samstag, den 8. Februar, ging es an der Universität Kassel um „Killerroboter & Gender“. Die deutsche Kampagne gegen Killerroboter lud Interessierte ein, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie bestehende Genderhierarchien und -vorstellungen Technologie prägen und welche Auswirkungen wiederum autonome Waffensysteme auf Individuen und Gesellschaften haben werden, sollten sie in großem Maße entwickelt, produziert und eingesetzt werden. Im Anschluss an die Vorträge und in einer Abschlussdiskussion gab es Möglichkeiten zu Fragen und zum Austausch.

Der erste Vortrag von Anna Katharina Ferl, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, führte sowohl in das Thema der autonomen Waffen als auch das der Gendertheorie ein. Sie zeigte, wie eine Genderanalyse von LAWS helfen kann, Machtverhältnisse zu untersuchen und aufzudecken: „Soziale Konstruktionen wie Gender haben Auswirkungen auf die Leben der Menschen – mit einer Genderanalyse können wir Emanzipation und Transformation ungleicher Machtverhältnisse ermöglichen.“

Waffen wie Killerroboter symbolisierten dabei maskuline Macht. Die maskulinen Bedeutungen und Normen seien dabei in der Technologie verankert und könnten so soziale Machtstrukturen reproduzieren. Ein Problem sei die mangelnde Repräsentation von nicht-westlichen und nicht-männlichen Personen in der Entwicklung der Technologien und den Gesprächen über autonome Waffensysteme z.B. in internationalen diplomatischen Foren, in denen Regeln für die Nutzung geschaffen werden könnten: „Bei der ersten UN-Konferenz zu autonomen Waffensystemen war keine einzige Frau als Expertin geladen“, so Ferl.

Den zweiten Vortrag hielt der Physiker und Friedensforscher Jürgen Altmann, der an der Technischen Universität Dortmund lehrt. Er beschäftigte sich mit den Definitionen von autonomen Waffensystemen: „Die deutsche Definition ist sehr problematisch“, so Altmanns Urteil. Waffensysteme, die konkret in der Entwicklung und autonom seien, würden nicht unter die sehr spezielle Definition der Bundesregierung fallen. Des Weiteren beschäftigte er sich mit den Systemen, die heute schon Autonomie in kritischen Funktionen aufweisen, wie die israelische Kamikaze-Drohne „Harpy“, die sich ohne weiteres menschliches Zutun in eine gegnerische Radaranlage stürzen und dort detonieren kann. Die derzeit in der Entwicklung befindlichen Systeme werden sich von heutigen Drohnen dahingehend unterscheiden, dass sie primär auf

Großmachtkonflikte ausgelegt sind und weniger, wie heutige Drohnen, auf die Bekämpfung von einzelnen Zielen in einem Staat, in dem man sowieso keine Luftabwehr zu fürchten hat.

Der dritte und letzte Vortrag von Nina Bernarding, Ko-Leiterin des Berliner Zentrums für feministische Außenpolitik ging darauf ein, wie die Zivilgesellschaft die Politiker*innen und Diplomaten*innen auf das Thema Gender und Killerroboter aufmerksam machen könne. Insbesondere Frauen und Menschen aus der LGBTQI-Community seien gefragt das Thema anzusprechen und für eine Sensibilisierung zu sorgen.

Insgesamt war die von der internationalen Killerroboter-Kampagne finanzierte und vom DFG-VK-Bundesverband mit Unterstützung der Kasseler Ortsgruppe organisierte Konferenz sehr erkenntnisreich.

Marius Pletsch ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis. Weitere Informationen im Internet: www.killer-roboter-stoppen.de <<



Anna Katharina Ferl von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung als Referentin bei der Tagung

Foto: Michael Schulze von Gläßer

Freie Fahrt für wandelnde Litfasssäulen

Glosse über kostenlos bahnfahrende uniformierte Bundeswehr-Soldatinnen

Von Kathrin Vogler

Seit 1. Januar fahren die Soldat*innen der Bundeswehr gratis Bahn – überallhin, dienstlich und privat. Sie müssen nur die Kleiderordnung beachten, und die wurde zu diesem Zweck Ende 2019 geändert. Die kleine Änderung in der „Zentralvorschrift Anzugordnung“ hat erhebliche Bedeutung – für den öffentlichen Raum ebenso wie für das soldatische Selbstbild.

Bisher war vorgeschrieben, dass, wenn außer Dienst, „außerhalb umschlossener militärischer Anlagen grundsätzlich der Dienstanzug zu tragen [ist].“ Der ist so etwas wie das „kleine Schwarze“ der Bundeswehr und nicht sehr beliebt: „Im Dienstanzug wirkt man wie ein getretener Azubi-Schlipsträger aus der Kreissparkasse, der mit dem Leben nicht zu recht kommt.“, kommentiert ein Leser des Soldatenblogs „Augen geradeaus“.

Wieviel zackiger ist da doch der Kampfanzug! Das Verteidigungsministerium aber hatte mit der Änderung nicht primär ästhetische Aspekte im Blick. So heißt es in der „Weisung zum kostenfreien Bahnfahren von Soldatinnen und Soldaten in Uniform zu privaten Zwecken“: „Politisches Ziel der Vereinbarung ist, die Sichtbarkeit von Soldatinnen und Soldaten in der Öffentlichkeit zu erhöhen ... Mit ihrem Auftreten in Uniform stärken die Soldatinnen und Soldaten das Bild der Bundeswehr als Teil der Gesellschaft und prägen die öffentliche Meinung von der Bundeswehr positiv. Zudem sollen das Engagement sowie das Verantwortungsbewusstsein, das mit dem Dienst als Soldatin und Soldat verbunden ist, öffentlich anerkannt werden.“

Soldaten im Kampfanzug sind das Bild, an das wir uns gewöhnen sollen. Aber kommt das wirklich gut an? Wer denkt bei Flecktarn oder Bordgefechtsanzug, der Arbeitskleidung für Mord und Totschlag, an „Engagement und Verantwortungsbewusstsein“? Der Versuch des Ministeriums, die Zivilbevölkerung kriegsbezüglich zu desensibilisieren, schlägt spätestens da ins Gegenteil um, wo die teuer zahlende Kundschaft der DB in überfüllten Zügen auf besetzte Sitzreihen mit Marschgepäck trifft und ihre Bahnfahrt zur Stehparty wird.

Und die Flecktarnträger*innen

selbst? Von ihnen wird voller Einsatz verlangt: Die Ministerin hofft auf positive Gespräche bei der Zugfahrt.

Die Bundeswehr brachte schon Silvester ihr Personal für den Einsatz in potenziell feindlicher Umgebung in Stimmung: „Morgen geht’s los! Die Bahnhöfe und Züge in Deutschland freuen sich wieder über mehr Uniformen!“

Aber nur auf verbale Anfeuerungsrufe verlässt sich die Truppe nicht, sie motiviert die neuen Werbeträger mit weiteren Vergünstigungen: Zwar gelten die kostenfreien Bahnfahrten als geldwerter Vorteil, aber die Steuern dafür übernimmt der Dienstherr. Und wer die Freifahrten nutzt, darf trotzdem die Pendlerpauschale zur „Arbeit“ und zurück wie bisher geltend machen. Ach ja, und Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren dürfen im Fernverkehr kostenfrei mitfahren, ein Privileg, das nicht einmal Abgeordneten zuteil wird.

Wie schlecht muss die Stimmung bei der Truppe wirklich sein, dass man ihnen inzwischen Steuergelder und Privilegien in rauen Mengen hin-

terherwerfen muss? Kramp-Karrenbauer: „Unsere Soldatinnen und Soldaten stehen jeden Tag weltweit mit Leib und Leben für unser Land ein. Ob hier zu Hause, wenn sie bei Bränden, Schneechaos oder Überflutungen unterstützen, oder in hochgefährlichen Einsätzen.“

Retten und Helfen? Ist nicht Abschrecken, Bedrohen und Bekämpfen das Kerngeschäft der Truppe? Man möchte ihr entgegenrufen: „Aha! Und was ist mit Feuerwehr? Polizei? Pflegekräften und Erzieher*innen? Wir wollen freie öffentliche Verkehrsmittel für alle!“

Aber die Ministerin weiß selbst nicht,

was sie veranlasst hat. Als ich sie in der Regierungsbefragung am 29. Januar nach dem „Paradigmenwechsel vom Bürger in Uniform hin zum Uniformträger auch in der Freizeit, der als wandelnde Litfasssäule für die Bundeswehr wirbt“ fragte, antwortete sie:

„Im Übrigen tragen unsere Soldatinnen und Soldaten, wenn sie kostenfrei die Bundesbahn nutzen, die Uniform nicht in ihrer Freizeit, sondern die Fahrt geht von ihrem Dienstort nach Hause. Insofern ist das keine Freizeit.“

Und dann hat irgendwer doch hingehört – und das Protokoll geändert: „Im Übrigen tragen unsere Soldatinnen und Soldaten, wenn sie kostenfrei die Deutsche (!) Bahn nutzen, die Uniform nicht nur (!) in ihrer Freizeit, sondern die Fahrt geht oft (!) von ihrem Dienstort nach Hause. Insofern ist das keine reine (!) Freizeit.“

Zum Glück gibt’s YouTube!

Kathrin Vogler ist DFG-VK-Mitglied und Linke-Bundestagsabgeordnete. <<

„Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Es ist das größte Militärmanöver seit dem Kalten Krieg: Zehntausende US-Soldat*innen werden bei „Defender 2020“ quer durch Europa bis zur russischen Grenze gebracht. Unterstützt und begleitet wird das Manöver durch die Bundeswehr und andere Nato-Armeen. Vielerorts gab es gegen das Kriegsspiel bereits Aktionen: Es ist teuer, gefährlich und mit gesundem Menschenverstand kaum zu erklären. Mit dem Schaffen von „Sicherheit“ hat die aktuelle Militärpolitik schon lange nichts mehr zu tun. Sie scheint vollkommen ideologisiert – wir sollten vielleicht den Begriff „Bellizismus“ wieder häufiger verwenden – zu sein und einzelnen Interessen etwa der Rüstungsindustrie oder einiger (Macht)Politiker*innen zu unterliegen. „Defender“ ist dabei aber auch nur ein weiterer Schritt im gegenseitigen Aufwiegen zwischen der Nato und Russland. Auch Russland führt immer wieder Manöver durch: 2017 etwa „Sapad“ (Westen) gemeinsam mit Weißrussland. Wir sind – gemäß unserer Grundsatzklärung – radikal gegen jedes Militär, und es freut mich, dass aktuell viele Mitglieder sehr aktiv sind. Denn wenn wir nichts machen, macht niemand was. Das wurde auch Anfang Januar deutlich: Nach der Eskalation zwischen den USA und dem Iran am 3. Januar kam aus der deutschen Friedensbewegung außer einiger Statements nichts. Erst einige Tage später konnte ich befreundete Gruppen erreichen, und wir stellten gemeinsam eine Kundgebung nahe der US-Botschaft in Berlin auf die Beine (alle Informationen dazu gibt es auf www.peacewithiran.de). Auch wenn es nicht immer die größten Demonstrationen und aufmerksamkeitsregendsten Aktionen sind, ist es wich-

tig, immer wieder einen Kontrapunkt gegen Krieg und Militär zu setzen und gewaltfreie und friedliche Lösungen von Konflikten einzufordern. Wir dürfen nicht still sein!

Soweit zum Politisch-inhaltlichen. Und wie sieht es „intern“ im Verband aus? Es geht voran – und zwar sehr gut! Beim Bundeskongress im vergangenen November haben wir die DFG-VK bereits gut aufgestellt. Nun gab es weitere Fortschritte: Die DFG-VK-Arbeitsgruppe „bertha – Werkstatt für intersektionale Friedensarbeit“ hat Anfang Februar ein Symposium über „Feministische Friedensarbeit“ veranstaltet (siehe Artikel in dieser *ZivilCourage* auf Seite 16). Inhaltlich war es sehr interessant – in einem von mir besuchten Workshop haben wir die Struktur der DFG-VK in Bezug auf „Feminismus“ analysiert. Die Diversität im Verband sowohl bei Geschlecht als auch anderen Merkmalen ist – auch im Vergleich zu anderen Friedensorganisationen in Deutschland – „ausbaufähig“. Da war es ein ermutigendes Zeichen, dass das Symposium mit knapp einhundert Teilnehmer*innen, von denen (augenscheinlich) zweidrittel junge Frauen waren, das erwartete Interesse bei Weitem überstieg. Darüber hinaus hat der Bundesausschuss im Dezember die vom Bundeskongress überwiesenen Anträge behandelt (beim nächsten Kongress sollten wir den Anträgen noch mehr Zeit einräumen) und unser Carl-von-Ossietzky-Fonds kommt endlich in die Gänge: Nachdem wir 2019 eine neue Satzung verfasst und mit Thomas Haschke von der DFG-VK-Gruppe Stuttgart einen (ehrenamtlich tätigen) Geschäftsführer gewählt haben, gab es Anfang März ein erstes Treffen unseres „reaktivierten“ Solidaritätsfonds für verfolgte Friedensaktivist*innen. Wenn

In dieser Kolumne berichtet Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK, regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.
Kontakt: svg@dfg-vk.de



ihr nach Protestaktionen in juristische Probleme geraten solltet, kann euch der Fonds finanziell beim Verfahren helfen. Weitere Informationen auf der Seite 14 in dieser *ZivilCourage* – auch eine Website ist in Arbeit, und ihr erreicht den Fonds jederzeit unter cvo@dfg-vk.de. <<

Berichtigung

In der *ZivilCourage* 1/2020 war auf Seite 5 eine Übersicht mit den Ergebnissen der Wahl des BundessprecherInnenkreises veröffentlicht. Die Darstellung enthält leider bei drei der Gewählten falsche Angaben (die aber daran nichts ändern, dass sie mit klaren Mehrheiten gewählt wurden). Nachfolgend die richtigen Wahlergebnisse:

Torsten Schleip: falsch angegeben: 78 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 15 Enthaltungen – richtig ist: 78 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen

Marius Pletsch: falsch angegeben: 81 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen – richtig ist: 81 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen

Christoph Neeb: falsch angegeben: 98 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung – richtig ist: 98 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen

Heckler & Koch – Kein Grund zum Feiern

„Egal wer auf dem Thron sitzt: Waffenexporte stoppen!“

Von Jürgen Grässlin

70 Jahre Heckler & Koch (H&K) – ein Grund zum Feiern, meinten Vorstandschef Jens-Bodo Koch, Finanzvorstand Björn Krönert, der Oberndorfer Bürgermeister Hermann Acker und Betriebsratsvorsitzender Manfred Haag.

Gemeinsam schnitten sie die Geburtstagstorte an. Acker präsentierte sich einmal mehr als Protegé des „Weltmarktführers“, schließlich wollte er „das Unternehmen nicht auf der Liste der Gewerbesteuerzahler der Stadt missen“.

Im Veranstaltungsbericht beleuchtete der Schwarzwälder Bote die eine Seite der Medaille: „Kein Wort wurde in den Reden über den anstehenden Verkauf der Aktienmehrheit verloren. Noch-Hauptanteilseigner Andreas Heeschen war unter den Gästen nicht auszumachen.“ Dafür „gab es warme

Dankesworte vom Aufsichtsratsvorsitzenden der H&K AG, General a.D. Harald Kujat.“ Was für eine Feier, wenn der größte Anteilseigner erst gar nicht anreist und der Aufsichtsratsvorsitzende, der kurz zuvor seiner Abwahl entgangen ist, selbstgefällige Worte wählen muss.

Die zweite dunkle Seite wurde weder von den Firmenchefs noch von der Lokalzeitung angesprochen:

Aus Sicht der Friedensbewegung gab es keinen Grund zum Feiern. Denn das von Edmund Heckler, Theodor Koch und Alex Seidel Ende 1949 gegründete Rüstungsunternehmen exportierte und exportiert vom Oberndorfer Stammsitz aus abertausendfach Gewehre und Pistolen in Krisen- und Kriegsgebiete der Welt – was die offizielle H&K-Firmenchronik verschweigt. Ebenso wie die Opfer des weltweiten Einsatzes von H&K-Waffen

– Millionen getöteter, verstümmelter oder traumatisierter Menschen.

Derlei Informationsdefizite wird der FALL 07 des GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE (GN-STAT) beleuchten, siehe „Kritische Chronik des Aufstiegs von Heckler & Koch zu einem Global Player“ (siehe www.gn-stat.org ab April 2020). Ebenso wie die katastrophale Geschäftslage, die mittlerweile zu einem in der H&K-Firmengeschichte nie erlebten Streit um Macht und Moneten geführt hat. Diese Konfrontation eskalierte bei der Außerordentlichen Hauptversammlung (HV) Ende letzten Jahres und läuft bis heute auf Hochtouren.

Wahrlich außerordentlich – die H&K-Hauptversammlung Ende 2019. Wie konnte es so weit kommen? Nach einem weithin missratenden Geschäftsjahr 2019 ertönte der erste Paukenschlag Mitte November. Zur einer Zeit, da das Bundeswirtschaftsministerium den möglichen Unternehmensverkauf der H&K AG prüfte und der Bundesnachrichtendienst ermittelte. National wie international berichteten Medien seit Monaten über unklare Besitzverhältnisse und den drohenden Verkauf von Heckler & Koch an dubiose Kaufinteressenten.

In „diesen wohl schlimmsten Chaostagen“ – so meine Analyse für die Kritischen Aktionär*innen H&K (KA) – berief die Unternehmensführung für den 19. Dezember eine außerordentliche Hauptversammlung (HV) im Rottweiler „Badhaus“ ein. Für die KA forderte ich in meinem Gegenantrag, dass die „bisherige Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats entfällt mit Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2019“, siehe <https://www.gn-stat.org/deutsch/unternehmen/heckler-deul>. Zündstoff genug für eine hochbrisante HV.



Foto: Michael Schulze von Gläßer

Auf einem mit Gewehren gespickten Thron residiert der Tod mit einem goldenen G36-Sturmgewehr

Der zweite Paukenschlag ereignete sich gleichsam vor der Hauptversammlung. In einem HV-Antrag positionierte sich die Luxemburger Compagnie de Développement De L'Eau S.A. (CDE) mit einer sensationellen Forderung: Die Aufsichtsräte Harald Kujat, Vorsitzender, und Martin Heiner Sorg, Mitglied, müssten aus dem Kontrollgremium der Oberndorfer Waffenschmiede abberufen werden. Beide werden der Heeschen-Fraktion zugeordnet.

Offen wie nie zuvor regte sich Widerstand gegen die Heeschen-Getreuen. Dabei zogen Akteure der CDE, Nicolas Walewski und Gérard Lussan, die Strippen. Walewski managt von der britischen Metropole London den milliardenschweren Alken-Fonds. Lussan ist Direktor der Concorde Bank in der Steueroase Barbados.

Am Morgen vor der HV am 19. Dezember 2019 bauten Michael Schulze von Glaßer und Benno Malte Fuchs, zwei weitgereiste Aktivist*innen der DFG-VK, am Veranstaltungsort den „Eisernen Waffenthron“ auf. Dieser wurde im Auftrag der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ der TV-Serie „Games of Throne“ nachempfunden mit Gewehren gespickt von Studierenden der Fakultät Gestaltung der HAWK in Hildesheim entwickelt.

Zwei kontroverse Themenblöcke prägten diese Hauptversammlung: Da waren zum einen Reden und Fragen von uns Kritischen Aktionär*innen gemäß dem Motto: „Egal wer auf dem Thron sitzt: Waffenexporte stoppen!“. Wir erkannten die Gefahr, dass die bisherige „Grüne-Länder-Strategie“ – wonach Kriegswaffen ausschließlich an Nato-, Nato-assozierte und EU-Staaten geliefert werden dürfen – aufgeweicht werden würde.

Zum anderen eskalierte die Auseinandersetzung um den Verkauf des gewaltigen Aktienpakets von Hauptgesellschafter Andreas Heeschen. Dessen Anteile sollten an Walewskis CDE gehen, doch diese wehrte sich vehement gegen die von Heeschen in-

tendierte Besetzung des Aufsichtsrats mit Kujat und Sorg.

Dagegen stand die Fraktion um Heeschen, der einmal mehr nicht persönlich in Erscheinung trat. Und das obwohl die außerordentliche HV von ihm mit dem Ziel einberufen worden war, sich selbst in den Aufsichtsrat wählen zu lassen. Wer geglaubt hatte, Heeschen und Walewski seien befreundet, sah sich spätestens mit dieser HV eines Besseren belehrt.

Quo vadis Heckler & Koch? Aufsehen erregten von Greenpeace zur außerordentlichen HV publizierte Recherchen. Demnach ist die CDE über personelle Verflechtungen in ein Netz von Offshore-Firmen eingebunden. Treuhänder für Walewskis Privatvermögen ist der Anwalt Gérard Lussan, Geschäftsführer einer Bank mit Sitz auf Barbados in der Karibik. Lussans Name findet sich in den Panama Papers – wohlgermerkt zu Strategien der Steuervermeidung für äußerst Vermögende. Laut Greenpeace-Sprecher Fabian Schwalm führen die Spuren bis hin zu Firmen auf den Britischen Jungferninseln, den Kaimaninseln und nach Malta.

Wer also hat zukünftig das Sagen bei Deutschlands führendem Kleinwaffenproduzenten und -exporteur? Welchen Kurs nimmt das Unternehmen unter seinen neuen Besitzern? Und was passiert, wenn die CDE und die dahinter stehenden Strippenzieher H&K übernehmen und den hemmungslosen Export von Kleinwaffen in Krisen- und Kriegsgebiete in aller Welt forcieren?

*Jürgen Grässlin ist Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und Mitglied im BundessprecherInnenkreis der DFG-VK, Mitbegründer der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch (KA H&K) und Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.). 2018 initiierte er beim RIB e.V. das GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE (GN-STAT) als ein weltweites Netzwerk gegen Waffenhandel, das in mehreren Welt-sprachen publiziert.*

Kontakt und weitere Informationen: graesslin@dfg-vk.de; www.gn-stat.org; www.rib-ev.de; www.aufschrei-waffenhandel.de; www.dfg-vk.de und www.juergengraesslin.com <<



FriedensaktivistInnen protestieren öffentlichkeitswirksam gegen Waffenexporte

20 Wochen gegen 20 Atombomben

Wieder Dauerprotest am Bundeswehr-Fliegerhorst in Büchel

Von Marion Küpker

Die Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ protestiert dieses Jahr zum fünften Mal 20 Wochen lang, vom 26. März bis zum 9. August, am Atomwaffenstützpunkt Büchel in der Eifel. 2020 ist ein besonderes Jahr: 75 Jahre Gedenken an Hiroshima und Nagasaki, 60 Jahre Ostermarsch in der BRD „Kampf dem Atomtod“, 50 Jahre Atomwaffen-Nichtverbreitungsvertrags-Konferenz und 10 Jahre Ostermarsch in Büchel!

Wir wollen mit dem Protesten in Büchel – die auch Aktionen des gewaltfreien zivilen Ungehorsams beinhalten können – den Druck auf die Bundesregierung zusätzlich so sehr erhöhen, damit die 20 Atombomben aus Büchel endlich abgezogen werden müssen. Deutschland muss endlich atomwaffenfrei werden!

Darüber hinaus kämpfen wir mit ICAN (Germany) für das Zustandekommen des UN-Atomwaffenverbotsvertrages, der – laut ICAN – zu den diesjährigen Hiroshima-Gedenktagen Realität werden soll. Bisher haben bereits 35 notwendigen Länder diesen Vertrag ratifiziert. 90 Tage nach Ratifizierung tritt er in Kraft.

Aktionspräsenz 2020. Die Aktionspräsenz am 26. März 2020 beginnt mit einem weiteren historischen 10. Jahrestag: am 26. März 2010 kam es zum überparteilichen Bundestagsbeschluss für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland, der durch Verhandlungen im Nato-Bündnis umgesetzt werden sollte. Leider wurde unser Regierungsvertreter auf dem Nato-Gipfel in Chicago (2011) wortbrüchig. Er legte kein Veto für die stattdessen vorgeschlagene neue nukleare Aufrüstung ein, obwohl im Nato-Bündnis im Konsensverfahren

gearbeitet wird. In Büchel sollen nun ab dem Jahr 2024 „einsatzfähigere“ US-Atombomben (Typ B61-12) stationiert werden, deren Produktion in den USA in den Startlöchern steht. Auch wird im Bundestag über die milliardenschwere Neuanschaffung eines Tornado-Nachfolgers verhandelt: Das Ergebnis ist wahrscheinlich der etwas günstigere US-Kampfflugzeug F18 (gegenüber dem F35). Mit diesen soll die Bundeswehr noch für viele Jahre die Fähigkeit haben, die in Büchel stationierten Atomwaffen im Nato-Bündnis einzusetzen. Und dieses, obwohl die Atomkriegsgefahr noch nie so gefährlich war wie heute:

Die Weltuntergangsuhr „Doomsday-Clock“ der Organisation der US-amerikanischen WissenschaftlerInnen wurde am 23. Januar auf nur 100 Sek. vor Zwölf vorgestellt. Ihnen gehören 17 NobelpreisträgerInnen an. Es ist uns daher eine große Ehre für unsere Auftaktveranstaltung am 26.

März Arun Gandhi als Redner gewonnen. **Dieser Beitrag wurde Anfang Februar geschrieben. Wegen der Corona-Pandemie gibt es Programmänderungen. Aktuelle Infos sind abrufbar auf der Internetseite: www.buechel-atombombenfrei.de** Der andere Teil der Jugenddelegation wird unsere Forderungen zeitgleich in Berlin vertreten. Unser 10. Bücheler Ostermarsch (auch ein Jahrestag!) findet am Ostermontag, den 13. April, statt. Für den kirchlichen Aktionstag ist bereits Präses Annette Kurschus für den 6. Juni angekündigt. Ab Anfang Juli soll es bis zum 9. August wieder ein Friedenscamp am Haupttor entstehen, sofern die Behörden uns dieses nicht „aus Gründen des Insektenschutzes“ verweigern. Beginnend mit der IPPNW-Woche, folgen die Tage der DKP/SDAJ; die internationale Woche mit vielen bekannten Aktiven aus den USA und dem

europäischen Atomwaffen-Widerstand sowie gemeinsam mit dem Internationalen Mutlanger Jugendworkcamp; den Quäkern; die Friedensfahrradfahrten der DFG-VK aus Bayern und aus Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit der Fastengruppe etc. des Pfarrers Matthias Engelke vom deutschen Zweig des Versöhnungsbundes am Ende der Aktionspräsenz.

Auf www.buechel-atombombenfrei.de findet Ihr im Menü unter Kalender alle weiteren Termine während der Aktionspräsenz und unter International auch die Biografien unsere ausländischen MitstreiterInnen. Der Terminkalender wird laufend aktualisiert.

Wenn Du/Ihr Euch an unseren Protesten am Symbolort Büchel beteiligen wollt, dann kontaktiert uns bitte über: info@atomwaffenfrei.de und 01727713266 und auch für Eure nötige logistische Unterstützung und Fragen für vor Ort.

Prozessbeobachtung erwünscht!

Es gibt aus den Aktionen der letzten Jahre viele gerichtliche Prozesse: April im Amtsgericht Cochem um 11 Uhr, Ravenéstraße 39, wegen Fotografierens der Militäraußen-Anlage. Am 10. Juni ab 9 Uhr werde auch ich meinen Prozess gemeinsam mit einer Catholic-Worker-Frau aus Amsterdam und einer weiteren Frau aus Dortmund im Amtsgericht Cochem haben. Es geht hier um Aktionen des zivilen Ungehorsams (Go-In's) der internationalen Woche. Wegen zweier Go-In-Aktionen am 30. April 2019 („Büchel-17“), bei denen 17 AktivistInnen den militärischen Sicherheitsbereich betreten, wurden 17 Strafbefehle verhängt. Fünf von ihnen wurden vom Amtsgericht Cochem für Mittwoch, den 3. Juni um 8 Uhr 30 zur Verhandlung geladen, die anderen 10 für Mittwoch, den 24. Juni, ebenfalls um 8 Uhr 30.

Derzeit laufen eine Verfassungsbeschwerde, 37 Strafverfahren und 3 Ermittlungsverfahren. Einige Prozessklärungen und weitere Termine könnt Ihr auf unserer Webseite nachlesen: <https://buechel-atombombenfrei.jimdofree.com/prozesse/>

Atomwaffen-Verbotsvertrag. Unsere letzte der drei Kampagnenforderungen dreht sich um den Atomwaffen-Verbotsvertrag, dessen Verwirklichung immer näher rückt. Auch hier haben wir in Deutschland große Fortschritte erreicht: die baldige Unterzeichnung des Atomwaffen-Verbotsvertrages könnte auch durch unsere Regierung in den kommenden Jahren Realität werden. Immerhin haben aktuell bereits ein Drittel aller deutschen Abgeordneten ihre Unterschrift zum Verbotsvertrag gegeben: die Bundestagsabgeordneten von Die Linke sogar zu 100 Prozent, von Bündnis 90/Die Grünen zu 98,5 Prozent gefolgt von der SPD mit 21 Prozent. Eine verbindliche Festlegung im Grundgesetzprogramm der Grünen könnte gewährleisten, dass die Frage der Atomwaffen in Deutschland bei den Koalitionsverhandlungen der kommenden Wahl nicht als Verhandlungsmasse geopfert werden kann. Mittlerweile sind die BürgermeisterInnen für den Frieden auf ca. 650 Städte angewachsen: Deutschland steht damit - nach Japan und dem Iran - weltweit auf Rang drei. 82 Städte und drei Landkreise sowie fünf Regionen haben seit der US-Aufkündigung des INF-Vertrages, der die Aufkündigung Russlands sofort folgte, den Städteappell unterzeichnet. Damit werden offiziell bereits mehr als 30 Prozent der Gesamtbevölkerung in ihrer Forderung nach einem Beitritt der Regierung zum Atomwaffen-Verbotsvertrag vertreten. Alle unsere Städte mit mehr als einer Million Menschen gehören nun zum Städteappell. Damit steht Deutschland weltweit an erster Stelle bei der Anzahl der Städteappelle. Sobald der Atomwaffen-Verbotsvertrag ratifiziert ist, bekommen Deinvestment-Kampagnen für uns eine große Bedeutung.

Gefahr einer atomaren EU Militarisierung. Pünktlich zur Münchner Sicherheitskonferenz wurden Stimmen für eine zusätzliche EU Atom-macht laut: Anfang Februar berichteten viele deutsche Medien über den Vorstoß des französischen Präsidenten Macron. Die weltweit drittgrößte Atom-macht Frankreich strebt eine führende Rolle in der Atom-Strategie der EU an, die es mit anderen europäischen Ländern teilen möchte. Hierüber wollte Macron mit seinen EU-Bündnispartnern auf der Münchner Sicherheitskonferenz sprechen. In der CDU gibt es bereits Forderungen für eine Atompartnerschaft mit Frankreich. So sagte der CDU-Politiker Johann Wadepuhl am 3. Februar in „Zeit online“: „Deutschland sollte bereit sein, sich mit eigenen Fähigkeiten und Mitteln an dieser nuklearen Abschreckung zu beteiligen. Im Gegenzug sollte Frankreich sie unter ein gemeinsames Kommando der EU oder der Nato stellen.“ Und weiter: „Die Realität ist, dass wir eine atomare Abschreckung benötigen. Es wäre klug, das auch mit Frankreich zu versuchen.“

Damit hätte Deutschland dann in Zukunft - zusätzlich zu den Bücheler US-Atombomben - auch noch mit Frankreich den Aufstieg zur nuklearen EU-Militärmacht geschafft! Die Nato-US-Atombomben lägen weiterhin unter der Befehlshoheit des US-Präsidenten. Frankreich, das als eigene Atom-macht nicht in der nuklearen Planungsgruppe der Nato vertreten ist, hätte hierfür voraussichtlich das EU-Kommando. Es hat gar kein Interesse, sein Kommando der Nato zu unterstellen. Macron soll Deutschland mehrfach aufgefordert haben, mehr Europa zu wagen. Am 7. Februar schreibt „Zeit online“: „Die Atom-macht Frankreich hat von Europa gefordert, die eigene Sicherheit stärker in die Hand zu nehmen. In seiner Grundsatzzrede zur Atomwaffendoktrin Frankreichs hat Staatschef Macron den Europäern einen „strategischen Dialog“ über die atomare Abschreckung angeboten. Europäische Partnerländer könnten sich an ent-

sprechenden französischen Militärübungen beteiligen... Ziel sei eine „echte strategische Kultur zwischen den Europäern“. „Die Europäer können sich angesichts des nuklearen Wettrüstens nicht mehr „auf eine Rolle als Zuschauer“ beschränken, sagte Macron.

Der Franzose tritt seit Längerem für eine europäische Verteidigung ein, die eigenständiger und damit unabhängiger von den USA ist. Die beiden EU-Kernländer Deutschland und Frankreich haben bereits weitere gemeinsame Großprojekte für die Rüstung vereinbart, u.a. die neue Generation von Kampfjets im Anschluss an den Eurofighter, geplant für das Jahr 2040.

Für diese Pläne bedarf es aktuell der Anschaffung zweier neuer Kampfflugzeuge für den Nuklearwaffeneinsatz. Hierüber verhandelt im Geheimen gerade der Verteidigungspolitische Ausschuss. Der F/A-18 Kampfjet aus den USA wird voraussichtlich für die neuen Bücheler B61-12-Atombomben der USA gekauft. Der Eurofighter wird dann mit französischen Atomwaffen unter EU-Kommando das Atomwaffenträger-Kampfflugzeug. Die Rede ist von mehr als 10 Milliarden Euro für 85 Kampfflugzeuge.

Der neue Aachener Vertrag, der ein Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland ist, regelt die gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Beim zukünftigen Bündnisfall wird dieser Vertrag zur atomaren Gefahr für den europäischen Frieden und die Sicherheit der europäischen Bürger und Bürgerinnen.

Die nukleare Aufrüstung Deutschlands ist das falsche Signal in der Staatengemeinschaft. Da die letzten Rüstungskontrollverträge - wie der INF - gekündigt wurde, bzw. START ohne klare Verlängerungsaussichten auszulaufen droht, muss Deutschland deeskalierend wirken und aktiv abrüsten anstatt mit Atomwaffen zu drohen. Wir sagen daher natürlich auch „Nein“ zu einer möglichen atomaren EU-Militarisierung!

Schlussendlich Klimakiller Militär. Das Militär gehört weltweit zu den größten Klimakillern. Ein Eurofighter soll zum Beispiel pro Flugstunde etwa 11 Tonnen CO₂ (ohne Nachbrenneinsatz) verbrauchen und ein Tor-

nado-Jet etwa 12 Tonnen. Damit soll (laut seemoz e.V.) der Tornado-Kampfjet bei einem vierstündigen Flug etwa die gleiche CO₂-Menge verbrauchen wie ein durchschnittlicher Kfz-Pendler in seinem ganzen Berufsleben.

Marion Kúpker ist internationale Koordinatorin der DFG-VK gegen Atomwaffen sowie Friedensreferentin beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes. ‹‹

Friedensfreunde in der Falle

Zur Absage der Münchner Friedenskonferenz

Von Dagmar Henn

Marian Offman ist ein Stadtrat alter Schule. In seinem Fachgebiet, der Sozialpolitik, ist er engagiert, offen dafür, neue Probleme wahrzunehmen, bereit, mit allen zu reden, auch wenn ihm seine Nähe zum Haus- und Grundbesitzerverband gelegentlich in die Quere kommt. Er hat entscheidend mit dazu beigetragen, dass München mit der neuen Synagoge ein echtes architektonisches Juwel gewann. Es wäre an vielen Stellen ein echter Verlust gewesen, hätte er den Stadtrat verlassen müssen, nachdem ihn sein CSU-Ortsverband nicht mehr aufstellte; er wechselte zur SPD und wird vermutlich weiter erhalten bleiben.

Als Kommunalpolitiker mit jahrzehntelanger Erfahrung in der an Intrigen nicht gerade armen Münchner CSU ist er natürlich mit allen Wassern gewaschen, was nicht unbedingt zum Nachteil sein muss – auch für positive Ziele wird in der Politik getrickelt, so läuft dieses Gewerbe nun einmal. Manchmal aber nutzt er diese Fähigkeiten für seine dunklere Seite, oder lässt sie nutzen. Seine dunklere Seite heißt Nato, und sie kommt regelmäßig im Februar zum Vorschein, wenn die Stadt sich in Anhänger der Nato-Sicherheitskonferenz (Siko) und ihre Gegner teilt.

2012 hatte Offman zusammen mit einem weiteren CSU-Stadtrat eine Anfrage gestellt, die sich gegen eine Ausstellung zur Geschichte der Nato

richtete, die begleitend zur Siko 2013 stattfinden sollte. Die Formulierung, die Nato sei „der militärische Arm der reichsten und mächtigsten Staaten und ihrer transnationalen Konzerne“ nannte Offman darin eine „un glaubliche Verhöhnung“ und Diffamierung der Nato.

Ziel der damaligen Anfrage war, die Nutzung des von der Stadt unterstützen Eine-Welt-Hauses für die Friedenskonferenz, die die alljährliche Demonstration begleitet, unmöglich zu machen. „Der Text und die Ausstellung wurden in Kooperation mit dem Trägerkreis des Eine-Welt-Hauses verfasst. Ist angesichts dieser Formulierungen der Trägerkreis als Partner der Landeshauptstadt weiterhin zu akzeptieren?“ Die Stadtverwaltung verteidigte in ihrer Antwort die Meinungsfreiheit, die gerade in öffentlichen Räumen einen hohen Wert habe, weshalb auch Positionen gegen die Nato dort möglich sein müssten.

Die Proteste gegen die Siko haben eine lange Tradition. Dieses Jahr sollte bereits die 18. Friedenskonferenz stattfinden. Nun wurde sie abgesagt, und Marian Offman spielte bei dieser Absage eine unrühmliche Rolle.

Um zu begreifen, wie es zu dieser Absage kam, muss man einen Blick auf Abläufe werfen, die normalerweise der Öffentlichkeit verborgen sind. Es gibt etwas, das nennt sich OB-Vertretung. Der Münchner Oberbürger-

meister wird zu unzähligen Veranstaltungen eingeladen, um ein Grußwort zu sprechen, weit mehr, als er bewältigen könnte. Einen Teil der Einladungen übernehmen seine Stellvertreter; die übrigen Termine werden unter den Stadträten verteilt. Diese Verteilung findet im Ältestenrat statt, in dem sich die Fraktionschefs treffen.

Dabei wird üblicherweise darauf geachtet, dass Stadtrat/Stadträtin und Veranstaltung zueinander passen; es wird also kein bekannter Fan der Sechziger zu einer Veranstaltung des FC Bayern geschickt, und kein Vertreter der Metzgerinnung zu einem Vegankongress. Ja, es ist sogar möglich, bestimmte Vertreter zu wünschen; ich durfte einmal einem Hundertjährigen gratulieren, der sich explizit jemanden von der Linkspartei erbeten hatte, für die ich damals im Stadtrat saß.

Die Veranstalter der Friedenskonferenz konnten also mit gutem Recht davon ausgehen, dass ihnen jemand geschickt wird, der ihrem Anliegen gewogen ist. Schließlich war das 17 Jahre lang so gehalten worden; es fanden sich genug Gegner der im Bayrischen Hof stattfindenden Großveranstaltung aus Militärs, Politikern und Industrielobbyisten im Stadtrat selbst, so dass das Gegenprogramm willkommen war. Augenscheinlich hat sich das mittlerweile geändert.

Nun muss man noch ein Detail kennen: Der Münchner Stadtrat hat

einen Beschluss gefasst, der es untersagt, Veranstaltungen, die das Thema BDS auch nur diskutieren, in städtischen Räumen abzuhalten. Die Kampagne „Boycott, Divestment and Sanctions“, die darauf abzielt, den Staat Israel durch einen internationalen Boykott zur Einhaltung von UN-Resolutionen zu zwingen, wurde vom Stadtrat für antisemitisch erklärt. Davon betroffen ist vor allem die Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München, der es inzwischen fast unmöglich ist, Räume zu finden, aber nicht nur. Nachdem in einer öffentlichen Veranstaltung keine Rechtsgrundlage besteht, Vertreter bestimmter Meinungen auszuschließen (im Gegenteil, man kann die Teilnahme an einer öffentlichen Veranstaltung sogar polizeilich durchsetzen), hat der Beschluss zur Folge, dass kritische Veranstaltungen zum gesamten Themenkomplex Israel-Palästina in städtischen oder von der Stadt geförderten Räumen nicht mehr möglich sind. Dementsprechend fand sich das Thema auch nicht im Programm der Friedenskonferenz, deren Schwerpunkt auf dem Konflikt USA-Iran liegen sollte.

Als den Veranstaltern mitgeteilt wurde, dass Offman das Grußwort der Stadt überbringen sollte, haben sie nüchtern reagiert und im Büro des Oberbürgermeisters nachgefragt, ob nicht jemand anderer sprechen könnte. Seine Haltung zur Nato wie auch zu den Protesten gegen die Konferenz war ja durch die Anfrage von 2012 hinreichend dokumentiert. Das OB-Büro reagierte allerdings nicht mit der sonst üblichen Diskretion; es informierte Offman sogleich, machte dabei aber aus der Frage eine Ablehnung. Offman wiederum ging sofort an die Presse und erhob den Vorwurf, die Veranstalter der Friedenskonferenz hätten ihn eingeladen, weil er Jude sei, sie seien mithin Antisemiten.

Vor dem Hintergrund des BDS-Beschlusses erklärt sich natürlich die Aussage des DFG-VK-Geschäftsführers Thomas Rödl, man wolle nicht, „dass dann plötzlich diese Themen die Veranstaltung im Alten Rathaus

dominieren, die nicht Gegenstand unseres Programms sind.“ Natürlich wusste auch das OB-Büro, welche Konsequenz der BDS-Beschluss für Veranstaltungen zum Thema Frieden hat. Die Möglichkeit, Offman sprechen zu lassen, hat im Grunde nie bestanden, denn ein Eklat bei seinem Auftritt hätte noch weit schlimmere Konsequenzen für die Veranstalter gehabt. Schließlich haben einerseits die jüdischen Mitglieder der Jüdisch-Palästinensischen Gesprächsgruppe mit Offman ein größeres Hühnchen zu rupfen, und andererseits wären mit Sicherheit eine Handvoll Antideutscher unter den Teilnehmern gewesen, und sei es nur, weil mit den Falken, Solid und den jungen Grünen die vormals linken Jugendorganisationen inzwischen fest in antideutscher Hand sind. Schlagzeilen über Streitigkeiten bei der Eröffnungsveranstaltung hätten mit Sicherheit die Konsequenz gehabt, die städtischen Räume zu verlieren; da es dafür wenige Alternativen gibt, hätte das auch das Ende der Friedenskonferenz bedeutet.

Nachdem der Vorwurf des Antisemitismus nicht nur in der Münchner Presse ohne genauere Betrachtung der Umstände breit wiedergegeben wurde, blieb den Veranstaltern nichts anderes übrig, als die Konferenz abzusagen. „In der derzeitigen Situation können wir die Verantwortung für die Sicherheit der ReferentInnen und der TeilnehmerInnen nicht übernehmen“, heißt es in ihrer Erklärung. Leider trifft diese Einschätzung vermutlich zu. Die antideutschen Truppen in München arbeiten schon intensiv daran, alle Mitveranstalter der Friedenskonferenz zu Antisemiten zu erklären, Pax Christi eingeschlossen.

Marian Offman jedenfalls hat zwei Ziele erreicht – anders als 2012 ist es ihm dieses Jahr gelungen, die Konferenz zu verhindern, und er ist oft genug als SPD-Stadtrat in der Presse gestanden, um seinen Parteiwechsel rechtzeitig zur Kommunalwahl vergessen zu machen. Allerdings haben weder er noch der Münchner OB Dieter Reiter sich mit dem Aufstellen die-

ser politischen Falle mit Ruhm bekleckert; das war weniger ein Affront gegen die Stadt, wie es die Süddeutsche schrieb, als vielmehr ein Affront durch die Stadt. Dafür haben sie allen vorgeführt, wie sich die Antisemitismus-Definition des BDS-Beschlusses, die inzwischen ja selbst vom Bundestag übernommen wurde, als Hebel nutzen lässt, um Veranstaltungen gegen die Nato zu verhindern.

Die DFG-VK, altehrwürdige Organisation aus der Friedensbewegung, die zu Zeiten der Wehrpflicht Tausende von Kriegsdienstverweigerern berät und unterstützt hat, muss sich nun gegen den Vorwurf des Antisemitismus verteidigen, ohne je auch nur ein Wort zur BDS-Kampagne geäußert zu haben. Und ihr Geschäftsführer Thomas Rödl, ein Macher, der jahrelang das organisatorische Rückgrat Münchner Friedensveranstaltungen war, muss gegen Ende seines Berufslebens um seinen politischen Ruf fürchten.

Ob die Münchner Presse die jüngste Erklärung des bayrischen Landesverbands der DFG-VK aufgreift, ist fraglich (hier veröffentlicht: http://www.dfg-vk-bayern.de/pdf/2020_01_18-DFG-VK-BY-Beschluss%20zur%20FKF-Absage.pdf). Erst recht, ob Offman der Aufforderung nachkommt, „alle Unterstellungen von Antisemitismus oder Anti-Israelismus gegenüber dem Sprecher der DFG-VK, Thomas Rödl, sowie gegen alle anderen Personen und Organisationen des Trägerkreises, öffentlich zurückzunehmen.“

Nachdem die Friedenskonferenz abgeräumt wurde, dürfte die Anti-Siko-Demonstration das nächste Ziel sein. Während die Nato ihre Panzer gen Osten rollen lässt, ist wohl jedes Mittel recht, für Ruhe im Hinterland zu sorgen.

Dagmar Henn war von 2008 bis 2014 für die Partei Die Linke (aus der sie allerdings bereits vor Jahren ausgetreten ist) Stadträtin in München. <<

Schreibmaschine, VW-Käfer, belgische Francs

DFG-VK-Delegationsreisen zur Uno in Genf und New York 1978

Von Horst-Albert Jung

Etwa zur Zeit der Fusion zwischen der DFG-IDK und dem VK zur DFG-VK 1974 habe ich Gerd Greune bei diversen Bundes- und Landeskongressen und weiteren Aktionen näher kennengelernt. Irgendwann Mitte bis Ende 1977 sprachen wir über die anstehende Uno-Weltabrüstungskonferenz.

Gerd ging davon aus, dass es möglich sei, für die Teilnahme an den Konferenzen in Genf und New York massenhaft friedensbewegte Interessenten zu finden. So sollten mittels eines Sonderzuges von Stockholm aus 800 bis 1000 Friedensfreunde zur Vorbereitungskonferenz nach Genf kommen.

Auch zur Teilnahme an der ersten Uno-Weltabrüstungskonferenz sollten etwa 150 Friedensfreunde mittels eines eigens gecharterten Flugzeuges nach New York gebracht werden.

Da zu diesem Zeitpunkt gute Kontakte zu einem Mitglied unserer Gruppe bestanden, der in einem großen Reisebüro arbeitete, hatten wir zusammen überlegt, wie dieses organisiert werden könnte. Hierbei wurde davon ausgegangen, dass wir einen Sonderzug von Stockholm bis Genf bestellen wollten, der von Schweden über Dänemark und Deutschland unterwegs an vielen Haltepunkten die Friedensfreunde einsammeln sollte. Für die Reise nach New York wollten wir ein Flugzeug chartern, bei dieser Reise sollten auch weiteren Personen über unsere Kreise hinaus die Möglichkeit gegeben werden, an dem Sonderflug teilzunehmen. Hierfür hatten wir extra einen Werbeflyer erstellt, der über das Reisebüro in Umlauf gebracht wurde.

Es stellte sich heraus, dass, je näher die Termine kamen, die Einschätzung von Gerd bezüglich der Teilnehmergewinnung weit an den Realitäten vorbeiging.

So nahmen an der Fahrt nach Genf nur 47 Friedensfreunde teil, die dann mit einem fahrplanmäßigen Zug und per Gruppenreservierung ab Basel im Liegewagen von Köln nach Genf fuhren.

Nach New York flogen schlussendlich nur 13 Friedensfreunde, wovon allein fünf Personen aus den Reihen der DFG-VK-Gruppe Ennepe-Ruhr-Süd kamen.

Wann hat „Otto Normalverbraucher“ schon mal die Möglichkeit, an einer Uno-Konferenz teilzunehmen? Aus diesem Grunde wurde in unserer Ortsgruppe intensiv über die Teilnahme an den Uno-Konferenzen diskutiert. Als Ergebnis kam heraus, dass drei mit nach Genf und drei mit nach New York fuhren.



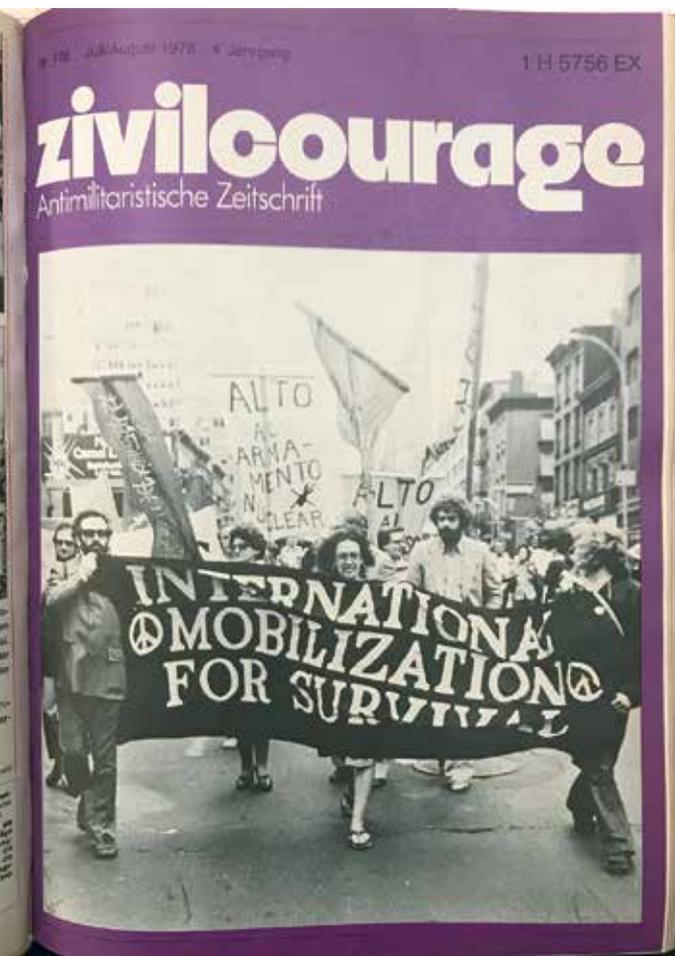
Petra Bauer und Horst-Albert Jung von der DFG-VK-Gruppe Ennepe-Ruhr-Süd vor dem Palais des Nations in Genf

Übernachtung in Genf im Atom-bunker.

Vormittags ging es los, zunächst mit dem Nahverkehr nach Köln, Umstieg in den Schnellzug nach Basel, weiterer Umstieg in den Nachtzug nach Genf im Liegewagen. Gerd hatte sich um die Unterbringung in Genf und die Teilnahme an der Konferenz gekümmert. So wurden wir morgens, noch etwas müde, am Bahnhof in Genf von einem alten Friedensfreund in Empfang genommen, der uns zu unserer Unterkunft führte.

Nach einem längeren Marsch durch Genf gelangten wir zu einem großen Gebäude, wahrscheinlich eine Schule, und gingen an der Hinterseite eine lange Treppe hinunter, betraten das Gebäude, gelangten zu einer dicken Stahlbetontür, danach zu einer weiteren Stahlbetontür, danach noch zu einer dritten Stahlbetontür und schließlich in unsere Unterkunft für die nächsten Tage, in einem Atombunker.

Dies war für uns Friedensfreunde nun eine echte „Herausforderung“,



ZivilCourage-Ausgabe 7/8 vom Juli/August 1978: Gerd Greune, der „Große mit Bart“, einer von 20000 bei der Friedensdemonstration in New York

unser Schweizer Friedensfreund hatte jedoch für 47 Personen bei der Stadt keine andere kostenlose Unterkunft bekommen. Der Bunker war ausgelegt für 240 Personen, er besaß vier Schlafräume mit Stockbetten. Obwohl wir nur 47 Personen waren und genügend Platz hatten, zog eine Friedensfreundin sofort in ein Hotel um, sie konnte die Enge nicht vertragen.

Da wir alle wenig Geld hatten, trat bereits vorher die Frage der Verpflegungskosten in Genf auf. Gerd meinte, dass dies nicht viel koste, morgens könnten wir in einem Bistro günstig frühstücken, tagsüber wäre die Verpflegung in der preisgünstigen Kantine der Uno möglich. Diese Aussage war zwar nicht ganz falsch, aber wir waren jung und aßen morgens mehr als nur ein Croissant nebst einem Espresso, und auch in der Kantine richtete sich der eigentlich günstige Preis nach der Menge der Bestellung. So knurrte uns öfter der Magen, und wir versorgten uns in einigen Supermärkten mit den billigsten Lebensmitteln.

Alle Teilnehmer hatten für den Palais des Nations, den Uno-Sitz in Genf, eine Akkreditierung, um das Gelände betreten und als Hörer teilnehmen zu können, zwei Teilnehmer hatten eine Akkreditierung als Redner der Veranstaltung. Die Vorbereitungskonferenz fand unter der Schirmherrschaft von Seán MacBride, Friedensnobelpreisträger 1974 und ehemaliger irischer Außenminister, statt.

Etwas aufgeregt begaben wir uns zum Palais des Nations, zeigten unsere Akkreditierung, konnten passieren und gelangten schließlich in den großen Sitzungssaal. Viele hundert Menschen aus den unterschiedlichsten Kontinenten und Ländern waren dort. Wir setzten uns in die Mitte des Saales, an jedem Platz befand sich ein Kopfhörer für die Simultan-Übersetzung. Es war ein erhebendes Gefühl, als normaler Bürger bei den Vereinten Nationen von einem Friedensnobelpreisträger begrüßt zu werden und an einer Konferenz mit hunderten bekannten und unbekannt Menschen aus der ganzen Welt teilzunehmen. So

saß direkt zwei Reihen hinter uns mit Walentina Wladimirowna Tereschkowa die erste Frau im Weltall; die sowjetisch Kosmonautin war am 16. Juni 1963 als erste Frau zu einer mehrtägigen Raumfahrt-Mission gestartet.

Schreibmaschine und Druckerstreik. Ich hatte im Vorfeld mit unserer Lokalpresse gesprochen und vereinbart, dass wir direkt von der Uno-Tagung berichten wollten.

So wollten wir gleich nach dem ersten Tag einen Artikel schreiben. Die Idee war ja gut, aber leider hatten wir nicht daran gedacht, dass wir keine Schreibmaschine hatten. Es gelang uns dann nach einer Stunde intensiver Bemühungen, im Uno-Gebäude eine Schreibmaschine auszuliehen. Wir schrieben unseren Artikel und sandten ihn noch am selben Tag vom Uno-Postamt per Express ab. Auch am nächsten Tag sandten wir noch einen Artikel ab, danach erfolgte dies aus folgendem Grund nicht mehr: Völlig frustriert hatten wir in einer Schweizer Zeitung gelesen, dass in Deutschland Zeitungsdruckereien bestreikt würden, und auf dem abgedruckten Bild sahen wir das Druckhaus unserer Lokalpresse.

Einige Teilnehmer dachten sich, der Veranstaltung noch „weitere Unterstützung“ zu geben und auf dem Uno-Gelände Flugblätter zu verteilen. Gesagt, getan: Die Flugblätter wurden verteilt. Was wir nicht ahnten, war, dass dies auf dem Uno-Gelände verboten war. So führte diese gut gemeinte Aktion leider zum Entzug der Akkreditierung, und einige Leute, so u.a. ich selbst, durften das Gelände nicht mehr betreten.

Nachdem wir uns den Frust mit einigen billigen Bierchen aus dem Supermarkt heruntergespült hatten, erwachte unser Trotz. Nicht mit uns, dachten wir und machten uns auf die Suche nach einer „Lücke im Zaun“. So umrundeten wir das riesige mit Zäunen und Toren abgesperrte Uno-Areal. Es ergab sich keine Möglichkeit, den Zaun normal zu überwinden, auch die vielen Tore waren entweder ver-



Im letzten Frühjahr war eine Delegation der DFG-VK bei der Vorbereitungstagung für die Atomwaffensperrvertrags-Überprüfungskonferenz der Vereinten Nationen in New York – in der *ZivilCourage* 3/2019 wurde darüber in der Titelgeschichte ausführlich berichtet.

Bereits 1978 waren junge DFG-VK-Mitglieder bei Abrüstungskonferenzen der Uno in Genf und New York. Der langjährige Aktive Horst-Albert Jung, heute 68 Jahre alt, war damals mit dabei. Er berichtet über die beiden Reisen und erinnert damit auch an den früheren DFG-VK-Vorsitzenden Gerd Greune, der sie als junger Mann organisiert hatte.

Gerd Greune war auch nach seiner aktiven Zeit im DFG-VK-Bundesvorstand bis zu seinem Tod friedenspolitisch auf internationaler Ebene aktiv. Er starb überraschend und viel zu früh 2012 im Alter von 63 Jahren.

geschlossen oder durch Wachpersonal gesichert.

Tags darauf versuchten wir unser Glück am Haupteingang. Wir beobachteten den Ablauf bei den Eingangskontrollen und stellten fest, dass die Kontrolleure immer auf die Besucher zugingen und sich die Akkreditierungen zeigen ließen. Bei starkem Andrang gingen einige jedoch

einfach an den beschäftigten Kontrollleuten vorbei. So gelangten auch wir nach zwei Tagen „Aussperrung“ wieder hinein.

Nach einer Woche in Genf fuhren wir wieder zurück nach Gevelsberg. Trotz aller uns widerfahrenen „kleinen Widrigkeiten“ hatten wir das Gefühl, dass wir dem Wunsch nach Frieden auf der Welt ein Stück näher gekommen waren.

Die von Gerd vorbereitete Reise nach New York war nichts für Teilnehmer mit schwachen Nerven.

Für die Anreise war mir von Gerd mitgeteilt worden, dass wir nachmittags von Bonn aus gemeinsam mit einem VW-Bus und einem VW-Käfer nach London fahren und von dort aus nach New York fliegen sollten.

So trafen sich die fünf Teilnehmer unserer Gruppe bei mir, wir verstauten unser Gepäck (5 Gepäckstücke - Koffer und Ruck- bzw. Seesäcke), stiegen in meinen 12 Jahre alten Käfer und fuhren ab in Richtung Bonn. Fünf Erwachsene und fünf Gepäckstücke in einem Käfer waren schon eine Herausforderung, aber es sollte ja nur bis Bonn gehen, dort sollten wir mit einem VW-Bus weiterfahren.

Wir kamen gutgelaunt in Bonn an, wo uns Gerd mit zwei Hiobsbotschaften überraschte. Zunächst teilte er mir mit, dass der ab Bonn vorgesehene Käfer kaputt sei und ich mit meinem nach London fahren müsse, und der VW-Bus entpuppte sich als voll ausgebauter Campingbus.

Mir wurde etwas flau im Magen, war ich doch noch nie in Linksverkehr gefahren und hatte Sorge, dass mein alter Käfer die Reise nicht überstehen würde. Aber es gab ja keine Alternative, so blieb das Gepäck im Wagen, wir stiegen wieder in meinen Käfer, drei Leute stiegen vorne in den VW-Bus, den Gerd fuhr, ein, die restlichen drei mussten es sich hinten auf den Boden des Campingbusses „bequem“ machen. So fuhren wir los in Richtung Ostende, von wo aus wir nach Dover übersetzen wollten. Da ich mich nicht vorbereiten konnte und somit den Weg

nicht kannte, fuhr Gerd vorneweg, und ich musste ihm folgen. Vor der Abfahrt teilte uns Gerd noch mit, dass wir unterwegs noch zwei holländische Friedensfreunde mitnehmen müssten, und auf meine Nachfrage bezüglich einer Reservierung der Fähre erfuhr ich von Gerd, dass er nichts reserviert hatte, dies aber kein Problem sei, es gäbe immer freie Plätze. Unterwegs trafen wir an einer Raststätte tatsächlich die beiden Holländer, die sich nun auch noch mit ihrem Gepäck auf dem Boden des Campingbusses einrichten mussten.

Nachts in Ostende angekommen stellten wir fest, dass die Fähre voll war, kurz danach ablegte und die nächste erst am Morgen nach Dover fuhr. Kein Problem, meinte Gerd, wir fahren eben kurz weiter – ca. 90 Kilometer ins französische Calais. Nun reichte aber der Sprit für die beiden Wagen nicht mehr aus, und keine Tankstelle war mehr geöffnet. Lediglich eine Automatentankstelle stand uns noch zur Verfügung, die jedoch nur belgisches Geld annahm, was von uns natürlich keiner hatte. Glücklicherweise konnten hier unsere beiden Holländer mit aushelfen, so dass unserer Weiterfahrt nach Calais nichts mehr im Wege stand.

Gegen ein Uhr nachts kamen wir in Calais an und fuhren direkt zum Ticketschalter. Wir hatten großes Glück: Es gab noch genau drei Plätze an Bord. Wir kauften zwei Tickets, und los ging es Richtung Dover nach England. Ankunft dort morgens gegen drei Uhr und weiter im Linksverkehr nach London. Gerd fuhr wieder voran, ich musste folgen, was er wohl manchmal vergaß. So überfuhr er bis London ca. 30 Ampeln bei „dunkelgelb“; da ich ihn nicht verlieren durfte, überfuhr ich die Ampeln zwangsläufig (aber ohne Folgen) bei rot. In London angekommen parkten wir in der Nähe von Viktoria-Station und begaben uns auf die Suche nach Büros von Fluggesellschaften.

Gerd hatte uns inzwischen erklärt, dass er auch keine Flüge nach New York gebucht hatte („zu teuer“), son-

dern wir ab London „stand by“ fliegen sollten. Wir fanden relativ schnell das Büro von British Airways, und Gerd fragte nach den Flugmöglichkeiten. Er bekam die Auskunft, dass uns erst kurz vor den Abflügen mitgeteilt werden könne, ob noch Plätze nach New York frei wären. Dies war sehr unbefriedigend: Falls wir keine Stand-by-Tickets mehr bekommen würden, wäre unsere Reise stark gefährdet.

Nun hatte Gerd wieder eine „tolle Idee“. Er meinte, dass sich nicht alle für die vielleicht nur wenigen Plätze nach New York anstellen sollten, sondern auch einige mit dem Ziel Washington. Von dort aus könnten sie ja mit dem Bus die 370 Kilometer nach New York kommen. Die Idee kam überhaupt nicht gut an, zumal wir inzwischen übernachtigt und bereits etwas „angefressen“ waren.

Ich schlug vor, nach weiteren Büros von Fluggesellschaften zu schauen, und begab mich mit Gerd auf die Suche. Glück muss der „Friedensfreund“ haben: Zwei Straßen weiter fanden wir das Büro von Pan Am, bereits im Schaufenster gab es den Hinweis, dass die Aussichten für Stand-by-Flüge nach New York gut seien. Auf Gerds Nachfrage teilte man uns mit, dass wir sofort die 13 Tickets bekommen könnten, allerdings benötige man die Reisepässe. Während Gerd im Büro wartete, legte ich einen rasanten Spurt durch London hin, erreichte das Büro von British Airways, informierte unsere Leute, sammelte die Pässe ein und spurtete zurück. Während Gerd nun mit den Pässen die Tickets erwarb, kamen unsere Leute am Büro von Pan Am an. Nun ging's flugs zum Flughafen Heathrow und kurz darauf ab nach New York.

Dort angekommen begaben wir uns zu unserer Anlaufstelle, dem Büro der Quäker in unmittelbarer Nähe des Uno-Hauptquartiers. Die Quäker hatten die Organisation für die zur Weltabrüstungskonferenz kommenden NGOs übernommen. Inzwischen waren wir bereits über 30 Stunden unterwegs und ziemlich groggy. Nachdem zunächst überlegt worden war, uns 13

Leute auf verschiedene Unterkünfte in New York aufzuteilen und sich bei uns hiergegen Widerstand zeigte, bekamen wir zusammen eine Unterkunft im Keller eines Bethauses im Stadtteil Queens, welches von einigen Nonnen betrieben wurde.

Da allerdings für uns noch eine Einladung von Andrew Jackson Young, dem engen Freund und Mitstreiter des zehn Jahre zuvor ermordeten Martin Luther King und US-Botschafter bei der Uno in die Botschaft vorlag, machten wir uns zu fünft unter der Führung von Gerd dorthin auf den Weg, während die anderen mit der U-Bahn zur Unterkunft vorausfuhren. In der Botschaft befanden sich bereits viele Menschen. Es war für mich schon ein bewegendes Erlebnis, in einer US-Botschaft inmitten vieler wichtiger Leute zu sein. Auch wenn ich kaum jemanden kannte und mein Englisch nur Grundkenntnisse aufwies, war es sehr aufregend, sich dort zu bewegen. Ich kann mich noch erinnern, dass sich unter den Gästen Lord Philip Noel-Baker, Friedensnobelpreisträger des Jahres 1959, und der Schauspieler Paul Newman befanden.

Die nächsten Tage waren geprägt von diversen Veranstaltungen in New York, an denen wir in unterschiedlicher Besetzung teilnahmen. So besuchte ich mit Gerd eine Veranstaltung des Weltfriedensrates und nahm an einem Workshop in der St.-Pauls-Cathedral teil.

Alle zusammen besuchten wir eine Veranstaltung in einer Universität. Zu dieser Veranstaltung kamen auch ca. 300 Friedensfreunde aus Japan, die eine eigene Simultanübersetzungsanlage einschließlich drei Dolmetschern dabei hatten. Auch ein Besuch im Uno-Hauptquartier fand statt, wobei wir durch das Gebäude geführt und uns die einzelnen Säle gezeigt und deren Bedeutung erklärt wurde. Von der Galerie aus sahen wir den Sicherheitsrat tagen.

Die für mich beeindruckendste Veranstaltung war jedoch die große Friedensdemonstration durch New

York. Mit über 20000 Teilnehmern aus aller Welt zogen wir durch die Straßen von Manhattan. Es war die größte Demonstration, die es seit den Vietnam-Demonstrationen in den USA gegeben hatte.

Wir hatten ein etwa 10 Meter breites Transparent mit der Aufschrift „German Peace Society“ aus Deutschland mitgebracht, welches wir mit mehreren Personen über die gesamte Straßenbreite trugen. Unsere auf vielen Ostermärschen erprobten Stimmen sangen sehr laut den Kanon „Wehrt Euch, leistet Widerstand, gegen den Krieg in jedem Land, schließt Euch fest zusammen, schließt Euch fest zusammen, wehrt Euch, leistet Widerstand“.

Die Amerikaner/innen standen an den Straßenrändern, applaudierten und winkten uns zu. So etwas kannte ich aus Deutschland nicht und von den Amerikanern hatte ich so etwas nicht erwartet.

Nach einer Woche voller Eindrücke und Erlebnisse machte sich ein Teil von uns auf die Rückreise, während ein anderer Teil noch für ein paar Tage nach Washington fuhr.

Natürlich hatte Gerd auch keine Rückflugtickets besorgt, so dass wir zum Flughafen fahren und nach billigen Tickets Ausschau hielten. Wir wurden fündig bei der Fluggesellschaft Freddie Laker, eine der ersten Billigfluglinien. Der Flug ging allerdings nicht nach London-Heathrow, sondern zum Flughafen London-Gatwick und damit 45 Kilometer vom Zentrum entfernt. Von dort aus nahmen wir einen Vorortzug Richtung Viktoria Station. Nun rückte Gerd damit heraus, dass wir noch beim Verlag Houseman & Son vorbeischauchen müssten, um von dort Friedenskalender und Friedensbuttons mitzunehmen.

Die Rückfahrt verlief ähnlich wie die Hinfahrt, ich fuhr hinter Gerd her. Allerdings gab es einen Unterschied: Während uns auf der Hinfahrt diverse Hinweisschilder nach London führten, fanden sich nun keine Hinweisschilder



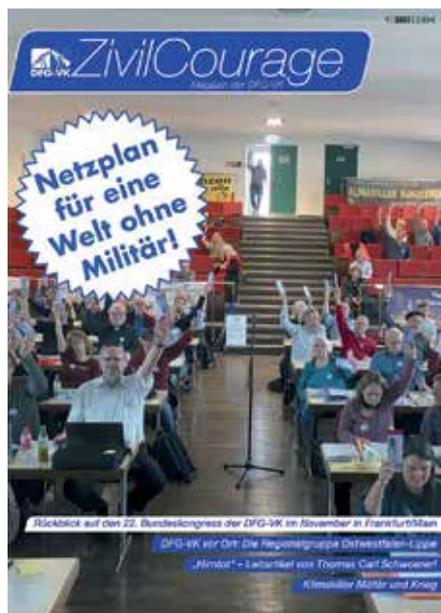
DFG-VK-Transparent bei Demo in Manhattan

nach Dover. Irgendwann wurde mir etwas mulmig, ich sah nun dauernd Schilder nach Folkstone. Nach einem kurzen Halt und einer kurzen Unterredung meinte Gerd, dass er sich wohl verfahren habe. So änderten wir unseren Kurs, teilten uns wegen des Umweges die letzten fünf Liter Sprit aus meinem Reservekanister (Gerd hatte „natürlich“ keinen) und erreichten irgendwann auf Umwegen Dover. Mit den Tickets für die Überfahrt gab es keine Probleme, so dass wir diesmal sogar in Ostende ankamen, wo wir zunächst eine Tankstelle ansteuerten. Die weitere Rückfahrt verlief ohne Probleme. An der deutschen Grenze in Elten machten wir die letzte Pause, verabschiedeten uns und fuhren danach nach Gevelsberg zurück, während Gerd mit seinem Campingbus Richtung Bonn aufbrach.

Die beiden Touren nach Genf und New York

waren für meine weitere Arbeit in der DFG-VK von herausragender Bedeutung. Für die Ergebnisse und hierbei gemachten Erfahrungen gilt mein ganzer Dank unserem leider viel zu früh verstorbenen „Friedenskämpfer“ Gerd Greune. Hat er doch viele seiner Visionen in die Tat umgesetzt, wenn er auch in Sachen der praktischen Organisation ein kleiner, aber liebevoller „Chaot“ war. Er hat seine ganze Kraft und seine Kontakte eingesetzt, um dem Frieden eine Chance zu geben. Er hat Wege gefunden, auch den Friedenskämpfer vor Ort in die „große Politik“ einzubinden.

Horst-Albert Jung ist seit den 1970er Jahren aktiv in der DFG-VK-Gruppe Ennepe-Ruhr-Süd. <<



Zum Artikel „Klimakiller Militär und Krieg“ von Ralf Cüppers in *ZivilCourage* Nr. 1/2020, Seite 26 ff.

Super, die Entscheidung, diesen Artikel mit all seinen Berechnungen zu veröffentlichen! Einfach mal klare Fakten, die man mit Chemiekenntnissen der 10. oder 11. Klasse direkt nachrechnen kann. Die Aussage ist eindeutig, und es bedarf keiner großen Expertengruppe, die nach Jahren der Recherche in einem Gutachten die Bedeutung des Militärs für die CO₂-Emissionen nachweist. Dank an Ralf Cüppers, der so einfach zeigte, dass weit mehr zu tun ist, als nur die privaten Konsum- und Mobilitätsgewohnheiten zu ändern.

Markus Beckmann

Der Beitrag von Ralf Cüppers hat mich regelrecht umgehauen. Ich war und bin begeistert! Bester Beitrag seit Langem. Den CO₂-Verbrauch hochgerechnet und den Rechenweg erläutert und damit nachvollziehbar gemacht. Wiederaufbau von kriegszerstörten Zielen mitgedacht. Vorbildlich! Und bei dem Zynismus, der offensichtlich Grundlage des Kriegsapparates ist, passt der zynische und sauber hergeleitete Vergleich, dass für eine klimaneutrale Kriegsführung beim Einsatz einer Stunde Tornado-Fluges 100

Klimakiller Militär und Krieg – „Bester Beitrag seit Langem“

Briefe der LeserInnen

Menschenlebensjahre vernichtet werden müssen. Dieser Beitrag sollte Pflichtlektüre sein für die Infostände und deren Betreuende als unwiderlegbare Argumentierhilfe.

Felix Oekentorp

Ralf Cüppers hat in seinem Artikel sehr gut auf die dramatischen Folgen der Auswirkungen von Militäreinsätzen für die CO₂-Bilanz hingewiesen. Als Ergänzung dazu und auch für die allgemeine Debatte zum Thema Klimawandel möchte ich nun das Thema „Ökologische Kreisläufe“ ergänzen.

Kohlenstoff wird bekanntlich von Pflanzen aus der Luft gewonnen, indem Kohlendioxid (CO₂) photosynthetisch gespalten wird. Auf die einzelnen chemischen Prozesse möchte ich an dieser Stelle nicht eingehen, das lässt sich in jedem Biologielehrbuch oder im Internet nachlesen. Wichtig ist: Es entsteht Sauerstoff, der in die Atmosphäre abgegeben wird, und der Kohlenstoff wird als chemischer Baustein in das Pflanzenmaterial eingebaut. Dieser Prozess ist gut für das Klima, denn es wird der Luft Kohlendioxid entzogen.

Die Kohlendioxid-Bilanz von Menschen zu berechnen ist als Rechenexempel interessant, ist jedoch für die Klimadiskussion, was den menschlichen Stoffwechsel angeht, völlig unerheblich. Kohlenstoff, der im Vorjahr aus der Atmosphäre photosynthetisch fixiert wurde, wird gegessen und als Kohlendioxid wieder ausgeatmet. Der Kreislauf ist geschlossen, unterm Strich tut sich nichts in der Atmosphäre.

Nur müssen wir noch einen Blick darauf werfen, wo die Nahrung herkommt und wie sie produziert wurde. Während sie bei den Jägern und Sammlern vom Stoffkreislauf her gewissermaßen noch vom Himmel fiel, wird heute mehr oder weniger Energie in die Nahrung investiert, die die Kohlenstoffbilanz beeinflusst. Ein Hamburger, für dessen Fleischgewinnung Regenwald abgebrannt wird und der aus Brasilien importiert wird, hat daher eine schlechtere Energiebilanz als z. B. das Gemüse vom Bauern aus der Nachbarschaft. Das muss nicht unbedingt ein Plädoyer für vegetarische oder vegane Ernährung sein. Ein Wildschweinbaten vom Jäger aus der Region kann ebenfalls ein klimagünstiges Festessen werden. Genauso sieht es aus, wenn man Fleisch kauft, das aus einer Landschaftspflegehaltung kommt. Da ist Beweidung immer noch besser als Maschinenmäh.

Fossil oder nicht fossil, das ist hier die Frage. Das, was im Garten oder auf dem Acker wächst und wieder gegessen wird, verbrannt oder verrottet, landet als Kohlendioxid wieder in der Atmosphäre, was aber als Erdöl, Kohle oder Erdgas verbrannt wird, kommt aus unterirdischen Lagerstätten, in denen im Falle der Kohle Wälder aus dem Erdzeitalter des Karbon von vor über 300 Millionen Jahren lagerten und gepresst wurden. Ein natürliches Endlager für Kohlenstoff, das die Menschheit nun in wenigen Jahrhunderten aufbraucht und dadurch die Stoffkreisläufe auf Ebene der gesamten Erde ein wenig durcheinanderbringt – wie wir sehen, mit unabsehbaren Folgen.

Der im Artikel genannte Tornado-Einsatz erzeugt daher die gigantischen Mengen an Kohlendioxid nicht aus zeitnahen Stoffkreisläufen, sondern führt im Gegensatz zu unserem Stoffwechsel zu einer Anreicherung der Atmosphäre mit Kohlendioxid, das wir mit Pflanzenanbau gar nicht schnell genug wieder fixieren können. Das trifft natürlich auch auf die erwähnte Betonherstellung und letztendlich auch den DFG-VK-Bulli oder unsere Autofahrten zu, da nur eben auf den Einzelfall bezogen in weit geringerem Maßstab.

Die Gegenrechnung von Tornado-Flugstunden mit Menschenleben hinkt deshalb hinterher und führt auch in der öffentlichen Diskussion zu nichts. Es gab mal Plakate auf Äckern, die darstellten, dass Zuckerrüben genauso viel Kohlenstoff fixieren wie die gleiche Fläche Wald. Das ist auch eine Irreführung, denn der Zucker ist nach einem Jahr gegessen und veratmet, der Wald steht in der Regel noch. Aber auch Wald wird zu Feuerholz, Papier oder Spanplatten, die Kreisläufe sind hier etwas gestreckter als beim Acker, aber es sind auch Kreisläufe. Kohlendioxid fixieren wir tatsächlich nur durch Neuaufforstungen, Humusanreicherungen im Boden, Schutz der Moore und Niedermoore vor Entwässerung und Einsparung von fossilen Brennstoffen.

Ein klein wenig hilft auch, sich bewusst zu ernähren, weniger Auto zu fahren oder gute Möbel anzuschaffen, die man vererben kann. Das Material vom Möbeldiscounter ist nach wenigen Jahren auf dem Sperrmüll, von wo es in die Verbrennung geht. Aber schau' mal in ein Antiquitätengeschäft. Dort steht alter dauerhaft fixierter Kohlenstoff. Oder wir endlagern und versiegeln luftdicht Zuckerrüben in Bergwerken...

Dr. Ralf Baufeld

Zum Artikel „Die Vision einer Friedenskultur entwickeln“ von Dieter Riebe in *ZivilCourage* Nr. 1/2020, Seite 32 f.

Als langjähriger Leser und als einer, der sich schon lange Gedanken darüber macht, wie unsere Friedensarbeit Früchte bringen kann, mein Kompliment: Der Beitrag hat mich angesprochen, weil er nicht beim Aufzählen von Missständen ansetzt, sondern bei uns persönlich. Ich stimme damit überein, dass es Zukunftsaufgabe der Menschheit ist, Krieg als Mittel der Politik abzuschaffen. Auch den Begriff des positiven Friedens finde ich passend.

Als Hindernis wird die Selbstentfremdung des Menschen genannt und weiter: ... über die Selbsterkenntnis zu mehr innerem Frieden finden. Hier würde ich mit meinem Beitrag gerne eine Ergänzung zufügen.

Ich denke der beschriebene innere Frieden ist das, was Gandhi mit „Gewaltlosigkeit“ als Lebenskonzept meint. Ich zitiere: Wenn Gott in unserem Herzen wohnt, können wir keine bösen Gedanken hegen oder böse Taten tun.

M.E. braucht es viel Energie, die in der Friedenslogik-Liste aufgestellten Parameter einzuhalten. Wer kann von sich aus sagen, dass er alle Menschen als gleichwertig ansieht und vertrauensvoll behandelt? Wer gibt die Kraft? Ich sehe in Jesus Christus ein gutes Vorbild. Nenne noch zwei Namen, die die göttliche Liebe als Kraftquelle genutzt haben: Tolstoi (ein Vorbild für Gandhi) und M. L. King, der ebenfalls die Fähigkeit besaß, ohne Furcht – im Vertrauen auf Gottes Hilfe – Menschen vorurteilslos zu begegnen. M.E. brauchen wir solche und andere Vorbilder, um unser eigenes Bild zu korrigieren.

Ich bin überzeugt, dass ich auch die Vergebung brauche, wenn ich immer wieder merke, dass ich Andere nicht gleichwertig betrachten kann.

Ich selbst habe 1963 den Wehrdienst verweigert und habe meinen Steueranteil zum Militär beim Finanzamt wiederholt zurückgefordert und eingeklagt. Die gesetzliche Grundlage dafür ist ja leider noch nicht vorhanden.

Herbert Kühnle

Impressum

Die *ZivilCourage* erscheint 2020 im 47. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die *Courage* und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die *Zivil*. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die *ZivilCourage*.

Redaktionsanschrift: ZivilCourage – das DFG-VK-Magazin, Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart, Telefon 0711-51 89 26 20, E-Mail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de

Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
V.i.S.d.P.: Stefan K. Philipp (philipp@dfg-vk.de)

Druck: Druckhaus Stil + Find, Felix-Wankel-Straße 2, 71397 Leutenbach-Nellmersbach, Telefon 0711-12020213, E-Mail info@stil-find.de

Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834

ISSN: 1614-1954

Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-90056, Telefax 09082-911200, eMail bernhard.kusche@gmx.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 15 vom 1.2.2019 gültig.

Erscheinungsweise: fünf Mal/Jahr
Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen: Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der *ZivilCourage* im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonnerung schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 22. März 2020. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 15. Mai 2020.

Trauer um Hartwig Müller-Reiß-Wiek

Hartwig Müller-Reiß-Wiek ist plötzlich und unerwartet in der Nacht vom 28. auf den 29. Februar im Alter von 71 Jahren verstorben. Er war Delegierter unseres Bundesausschusses und einer der Sprecher des Landesverbandes Niedersachsen-Bremen.

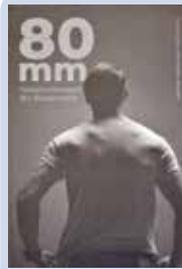


Vor 35 Jahren war er Vorsitzender dieses Landesverbandes, hat gemeinsam mit anderen den Ostermarsch wiederbelebt und Kriegsdienstverweigerer beraten. Seine Auftritte als „Prüfungsausschuss-Vorsitzender“ waren reines Kabarett und feinste Satire. 10 Jahre lang hat er zum Thema Hiroshima gearbeitet, mehrere Veranstaltungen mit Überlebenden des Atombombenabwurfs durchgeführt und erreicht, dass Hannover Partnerstadt wurde. Später war er rund ein Jahrzehnt lang inaktiv in der DFG-VK, in den letzten drei Jahren dann aber wieder aktiv und engagiert.

Hartwig wirkte ausgleichend und sagte sinngemäß bei Flügelaussetzungen: „Wenn wir so weiter machen, werden wir beim Seminar pazifismus landen – klein, aber mein.“ Er konnte aber durchaus auch bissig sein, wie in einer Mail über den BA-Verteiler vor zwei Jahren: „Vorerst einmal meine Anerkennung, dass Ihr die Kunst der Rhetorik beherrscht (sie war ja einmal Teil meines Faches, der Philosophie), besonders deren barocker Spielart, der Kunst, einen armseligen Gedanken in einen stattlichen Wortschwall zu kleiden.“ Das war klug und witzig, gewürzt mit leichter Ironie, engagiert, aber ohne „Schaum vor dem Mund“.

Hartwigs Tod reißt an mehreren Stellen eine empfindliche Lücke. Er wird uns fehlen.

*Thomas Carl Schwoerer,
Mitglied des DFG-VK-
BundessprecherInnenkreises*



Roman Bracht: 80 mm. Einsatzveteranen der Bundeswehr. Köln 2019; 158 Seiten; 20,00 Euro; ISBN: 978-3-00-064266-1 (Bezug: www.bracht-fotografie.de/portrait/einsatzveteranen-80mm/)

Der Kölner Werbefotograf Roman Bracht hat 2019 unter dem Titel „80mm. Einsatzveteranen der Bundeswehr“ im Selbstverlag einen Fotoband mit den Porträts von 20 ehemaligen oder aktiven Soldat*innen der Bundeswehr veröffentlicht. Der Autor, früher selbst Soldat, lässt sie in Interviews erzählen, was sie in militärischen Auslandseinsätzen erlebt haben und wie sich das auf ihr heutiges Leben auswirkt. Die oft sehr persönlichen Gesprächsinhalte – Traumatisierungen, gesundheitliche und berufliche Schwierigkeiten, familiäre Beziehungen, politische Einschätzungen – und die nach jedem Interview aufgenommenen Fotografien lassen die vorgestellten Personen fast wie gute Bekannte erscheinen.

Wie es im Vorwort heißt, soll es etwa 430 000 Einsatzveteran*innen geben, die seit 1992 in Auslandseinsätzen der Bundeswehr waren. Der Autor, der 2019 den Kölner Lobby-Verein „Veteranenkultur“ mitgegründet hat, mahnt an, sich stärker um die „Reintegration“ dieser Gruppe zu kümmern. Dazu nimmt er die Politik, die Zivilgesellschaft, aber auch die Bundeswehr selbst in die Pflicht und schlägt eine „offene Diskussions- und Verständniskultur“ vor.

Jedem Porträt geht eine Datensammlung über die jeweilige Person voraus: Dienstgrad, aktuelle Arbeitsstelle, Funktion, Bezeichnung und Zeitraum von Auslandseinsätzen, ehrenamtliche Tätigkeiten. Die Porträts werden durch die Liste der Auslandseinsätze der Bundeswehr und eine Darstellung neuer Erinnerungsorte ergänzt. Das Gedicht „Krieg“ von Rio Reiser bildet den Schluss.

Mir gefällt das Buch, weil es (bis auf ein paar Tippfehler) handwerklich gut gemacht ist, weil es Menschen in ihrer Verletzlichkeit zeigt und weil die Protagonist*innen den Mut hatten, mit ihrem Namen, ihrem Gesicht, ihrer Geschichte und ihren eigenen Überzeugungen an die Öffentlichkeit zu treten. Ich halte das Buch für nützlich, weil es authentische Innensichten aus der Bundeswehr enthält, die uns helfen können, die Motive und Interessen der Soldat*innen und die Institution selbst mit ihren inneren Spannungen besser zu verstehen.

Viele in den Interviews angesprochene Problemfelder könnten aus unseren eigenen Unterlagen stammen: Mangel an guten zivilen Ausbildungs- und Arbeitsstellen, psychische Verletzungen durch Militäreinsätze, mangelhafte therapeutische Versorgung, irreführende Militärwerbung, unsinnige Mandatierung, Weiterverkauf von Kriegswaffen, militärisch abgesicherte Rohstoffgeschäfte, extreme Armut im Einsatzland. Der Satz „Lasst uns reden“, drängt sich geradezu auf.

Sicher sind die interviewten Personen keine Pazifist*innen. Die Bemerkung eines Vorstandsmitglieds des Bundes deutscher Einsatzveteranen, Friede sei „nicht durch Sitzkreise und Räucherstäbchen herstellbar“, zeigt, dass dieser die Wirksamkeit gewaltfreier Methoden unterschätzt. Der im Buch ebenfalls porträtierte Leipziger Psychotherapeut und Reservist Jens Oswald ist da klarer: „Es ist nicht sinnvoll, dass wir in Afghanistan sind, weil die, die da etwas zu sagen haben, uns gar nicht da haben wollen.“ Auch der PTBS-geschädigte Soldat Klaus Bretschneider sagt: „Wir sind die Verlierer, weil wir diejenigen da unten [in Afghanistan] sind, die den Kopf halten müssen und nicht wissen wofür.“ Zielgruppen, die wir mit unseren Aktionen nicht erreichen, könnten sich vielleicht interessiert zeigen, wenn kritische Botschaften von Soldat*innen statt von uns kommen.

Meine Empfehlung: das Buch lesen und in der DFG-VK-Gruppe besprechen. Roman Bracht bietet eine

Ausstellung zum Buch an und schlägt vor, mit den porträtierten Menschen ins Gespräch zu kommen. Warum nicht?

Stefanie Intveen



Lebenslaute (Hrsg.): Widerständige Musik an unmöglichen Orten. 33 Jahre Lebenslaute. Heidelberg 2020; Verlag Graswurzelrevolution; 249 Seiten; 180 Fotos und zahlreiche Dokumente; mit DVD; 25,00 Euro (ISBN 978-3-939045-39-7)

Zunächst sollte es eine Broschüre mit ca. 50 Seiten Umfang geben, dokumentiert werden sollten darin „30 Jahre Lebenslaute“. Daraus wurde nichts. Leider. Zum Glück! Denn es wurde viel mehr, nämlich eine bunte Dokumentation auf 250 Seiten über ein einzigartiges Projekt. Im Vorwort beschreiben die fünf Mitglieder des Redaktionsteams das so:

„Lebenslaute ist ein buntes Netzwerk von Musiker*innen. Wir haben nie zu Ende diskutiert, in was für einer Welt wir leben wollen. Aber wir haben angefangen, unsere Lebendigkeit und

unsere Musik in unsere politischen Aktionen zu integrieren. Wir vertrauen auf die Kraft der Musik und nehmen doch kein Blatt vor den Mund, wenn es um Kritik an Gewalt- und Herrschaftsstrukturen sowie um Schutz der Menschenrechte geht. Unsere Aktionen richten sich gegen herrschende staatliche Strukturen wie Militär und Verfassungsschutz, gegen die Durchsetzung von Kapitalinteressen der Atom-, Rüstungs-, Gentechnik- und Kohleindustrie, gegen Kriegsvorbereitungen, Naturzerstörung und Rassismus. Unser Vertrauen in die gewaltreduzierende Kraft der Musik und in den allgemeinen Respekt gegenüber der Musikkultur verleiht uns den Mut zur Konfrontation. Die Aufführung eines klassischen Konzerts in schwarzw-weißer Konzertkleidung bleibt eine solche, auch wenn sie gleichzeitig die Blockade der Zufahrt zu einer Rüstungsfabrik ist. Indem wir gleichzeitig Musiker*innen und Ruhestörer*innen sind, irritieren wir und öffnen Augen, Herzen und Ohren für unsere Inhalte.“

Im Grunde ist die Dokumentation ein (alternatives) Geschichtsbuch über drei Jahrzehnte über phantasievollen gewaltfreien Widerstand mit musikalischen Mitteln.

Empfehlens- und lesenwert und die (nicht billigen) 25 Euro „preiswert“!
Stefan Philipp

FELDPOST



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Dienst für das Vaterland ist für uns alle höchste Verpflichtung. Doch wir alle sind auch Bürger in Uniform und müssen unsere Kritik zum Ausdruck bringen dürfen, wenn sich Fehlentwicklungen zeigen. Was sich da im Ministerium in den letzten Jahren an Misswirtschaft, Schlendrian und Verschwendung angehäuft hat, das geht weit über das hinaus, was man gerade noch so hinnehmen könnte. Geld wird ohne Ende ausgegeben, aber der beklagenswerte Zustand unserer Ausrüstung ändert sich nicht. Und seit einiger Zeit kennen wir auch den Grund: Externe Berater, teilweise ohne rechtliche Grundlage mit Aufträgen versehen, verdienen sich dumm und dusselig mit dem Geld, welches eigentlich für die Truppe da sein müsste! Ein einzigartiger Skandal! Von unzureichend gewarteten Waffensystemen, Beschaffungstau und den daraus entstehenden Ärgernissen des Dienstalltags muss ich Ihnen ja nichts erzählen. Was jetzt noch hinzu kommt, das ist das Phänomen, dass immer häufiger Offiziere auf Zeit ihren Dienst nicht verlängern, sondern die Truppe verlassen, eine private Sicherheitsfirma aufmachen oder gleich als sachkundige Berater bei Lieferanten der Bundeswehr anheuern. Kein Wunder, da verdient man auch mehr. Allerdings, mit dem Dienst fürs Vaterland hat das nichts mehr zu tun.

gez. Alex von Lingua, Feldpostmeister

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzserklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum

Unterschrift

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Förderbeitrag Stufe 6 29,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 5 22,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 4 15,00 Euro
- Normalbeitrag Stufe 3 10,00 Euro
- Ermäßigter Beitrag Stufe 2 5,00 Euro
- Mindestbeitrag Stufe 1 2,00 Euro

(Die Stufen 1 und 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

Datum

Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX



Die ZivilCourage-Karikatur

Frei nach dem Motto: „Ich bin nichts, ich kann nichts, gebt mir eine Uniform!“ trete ich von allen Ämtern zurück, aber Kriegsministerin, yeah, das möchte ich bleiben!



„Nur konsequent: AKK.“

Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte die Rückseite ausfüllen und in einem Fensterumschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband
Hornbergstraße 100
70188 Stuttgart



Die Grundsatzklärung der DFG-VK:

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher erntschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.